

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,50 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G.m.b.H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Hunderttausende marschieren!

Die Leipziger Arbeiterschaft begrüßt den sozialdemokratischen Parteitag Feierliche Eröffnungssitzung — Programmrede von Otto Wels

Leipzig, 31. Mai (Fig. Drahtb.).

Noch immer marschieren und marschieren die Zehntausende durch die Straßen Leipzigs. Seit 2 Uhr mittags ununterbrochen. Die Umgebung des Volkshauses ist von Menschenmengen umlagert. Das riesige Gebäude selbst ist von einer Menschenflut umgeben. Musterhafte Ordnung ist dennoch überall. Die Stimmung ist festlich, fröhlich, begeistert trotz aller Sorgen, die so viele bedrücken. Der Volkshaussaal ist den Delegierten und einigen hundert Funktionären vorbehalten. Schwarz umflort grüht und mahnt Hermann Müllers Bild die große Versammlung. Die Bühne wird von den Büsten Bebel's und Wilhelm Liebknecht's flankiert, die in Leipzig ihre große, geschichtliche Laufbahn begonnen haben. Am Vorstandstisch haben schon lange vor der Eröffnung die Vertreter des Auslandes Platz genommen.

Von der Galerie dröhnen Männerstimmen: Die Michaelschen Chöre singen das Kampflied der Arbeit und „Der Wehruf hallt“. Dann betritt Reichstagsabgeordneter Lipinski die rotbehängene Tribüne, um Grußworte im Namen des Parteibeirates Leipzig zu sprechen. Er erinnert daran, daß schon 1909 ein Parteitag in Leipzig versammelt war. 1919 und 1922 tagten in Leipzig die USF. Lipinski schilderte dann knapp und eindringlich die jahrzehntelangen platten Kämpfe des sächsischen Bürgertums gegen die Arbeiterklasse und das zähe Vordringen der Sozialdemokratie. Eine Beifallswooge durchbraust den Saal, als der Redner mit berechtigtem Stolz sagt, daß noch kein Parteitag eine Demonstration wie die am Sonntag auf dem Messeplatz gesehen habe. In der Tat: der Zug war eine gewaltige Antwort an den Faschismus.

Stürmisch begrüßt betritt dann Otto Wels, der Führer der Gesamtpartei, das Rednerpult. Seine ersten Worte galten dem Andenken seines Freundes, des verstorbenen Hermann Müller. Die Massen erheben sich und hören in stiller Ergriffenheit den Nachruf an. Wels ehrt dann auch das Andenken aller anderen Toten der Partei. Seine Stimme erhebt sich zur Klage, als er die Toten des Schlachtfeldes der Arbeit ehrt. Er reißt die ganze Versammlung mit, als er diesen Toten das Gelohnis unermüdeten Kampfes für den Sozialismus weicht. Von den Toten zum blühenden Leben: Der Parteiführer grüßt die Jugend, die an diesem roten Feiertag gezeigt hat, welche begeisterten und geschulten jungen Menschenmassen hinter uns stehen. Der tagespolitische Teil der Welschen Rede erinnert an den Leipziger Parteitag von 1909. Auch damals Krise, Arbeitslosigkeit, aber keine Arbeitslosenunterstützung! Damals Rückgang der Mitgliederziffern, jetzt, trotz Krise, eine Zunahme von 100 000 Mitgliedern. Die Zunahme hält an unter der Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ Das ist ein Erfolg der Funktionäre, die ihre Freistunden dem Dienst für die Partei des Sozialismus schenken. Wels nennt die Nationalsozialisten, die das Wort „Arbeiter“ schänden, die reaktionärste Partei Deutschlands. Die deutsche Sozialdemokratie ist und wird sein und wird siegen. Die Massen sind bereit, mit ihrem Leben die Freiheit zu verteidigen. Wer jetzt in der Demokratie nichts anderes kann, als Mißtrauen säen, dient der Diktatur. Der Parteitag unterstreicht diese Worte mit demonstrativem Beifall.

Die Hitze im Saal steigt zu hohen Temperaturen, aber das Temperament von Otto Wels versteht dennoch, die ganze Versammlung in Bann zu halten. Er zeigt die große politische Linie, die den Parteitag beherrschen soll. Delegierte und Gäste jubeln dem Führer der Partei, den Ideen und dem Kampf des Sozialismus zu.

Den Abend des großen Eröffnungstages beschließen die Wahlen für die Leitung des Parteitages. Der Senior der Partei, Wilhelm Bock, wird auf Vorschlag von Auer-München unter lebhaftem Beifall des Parteitages einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Wels und Lipinski wurden ebenfalls einstimmig Vorsitzende.

Nun hat die Alltagsarbeit der Tagung das Wort. Der

Der Zug der Hunderttausende



Leipzig, 1. Juni. (Eigenbericht.)

Die Leipziger Innenstadt, insbesondere aber die Vororte, standen bereits am Sonntag seit den frühen Morgenstunden unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Parteitages.

Schon am Sonnabend begann der Aumarsch, trafen Sonderzüge und Lastkraftwagen mit Jugendlichen aus allen Gegenden Sachsens zusammen. Auch die Zahl derer, die auf Rotor- und Fahrrädern oder nach langen Fußmärschen die Stadt des Parteitages erreichten, war überaus groß. Sie kamen zu einem Treffen, zu dem die sächsische Jugend für Sonnabend und Sonntag ausgerufen hatte. Ihre Sonnabendveranstaltung endete mit einem prächtigen Fackelzug, an dem sich über 10 000 Jugendliche beteiligten. Am Sonntag war die Jugend bereits in aller Frühe wieder auf den Beinen. In Lastwagen und zu Fuß demonstrierte sie in allen Stadtvierteln für die große Sache des Sozialismus, deren Träger sie einst werden sollen und wollen.

Im Verlauf des Sonntagvormittag und in den ersten Nachmittagstunden ging zugleich

der Aumarsch der Tausende und aber Tausende

vor sich, die aus Leipzig und aus der näheren und weiteren Umgebung dieser Stadt ebenfalls mit Sonderzügen, Lastautos und auch zu Fuß herbeigeeilt waren, um am Nachmittag an der großen

Rundgebung auf dem Messeplatz teilzunehmen. Viele Stunden vor Beginn dieser Rundgebung formierten sich in allen Stadtteilen große Züge, marschierten Jung und Alt in geschlossenen Formationen zum Messeplatz. In welchem Stadtviertel man um die Mittagszeit auch weilte, im Süden oder Norden, im Westen oder Osten, überall hörte man den Widerhall der Musik- und Trommlerkorps. In die Tausende und aber Tausende gingen die Fahnen, die zu diesem Zuge mitgeführt wurden, in die Hunderte die Trommlerkorps, die trotz der jenseitigen Mittagsglut unermüdet ihre Instrumente handhabten. Wer konnte alle die zählen, die dem Ruf zum Messeplatz gefolgt waren?

Waren es 150 000, waren 200 000, oder waren es noch mehr?

Wer vermochte dazu jene zu registrieren, die in den Straßen Spalier bildeten und den Demonstrationenzug begrüßten?

Wieviel es auch gewesen sein mögen, sie haben ihrer Treue zur Sozialdemokratie durch ein offenes Bekenntnis Ausdruck gegeben. Was Leipzig am Sonntag dank seiner glänzenden Organisation wieder einmal geleistet hat, war mehr als Kiel und Magdeburg schon mit Rücksicht auf die geringere Bevölkerungsziffer leisten konnten. Diese Begeisterung, diese Harmonie zwischen Jung und Alt, haben Feind und Freund von neuem gezeigt, welches Leben und welcher Geist in der großen Arbeiterbewegung

Eröffnungstag gibt die Gewißheit, daß der Parteitag von Sachlichkeit und Begeisterung gleichermaßen getragen sein wird.

Der erste Arbeitstag.

Leipzig, 1. Juni. (Fig. Drahtb.).

Der erste Arbeitstag des Sozialdemokratischen Kongresses in Leipzig begann heute kurz nach 9 Uhr mit einem mehrstündigen Referat des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes Lar-

now über „Die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und die Arbeiterklasse“.

Ein Korreferat zu dem Vortrag Larnows, das am Schluß der gestrigen Eröffnungssitzung von einem ostfälischen Delegierten beantragt wurde, lehnte der Parteitag gegen wenige Stimmen ab. Ebenso verworf er auf Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses den Antrag, einen oder zwei der neun Abgeordneten, die im Reichstag bei der Abstimmung für den Panzerkreuzer B gegen die Fraktion gestimmt hatten, als Korreferenten sprechen zu lassen.

Recht, und daß die Massen, ob arbeitslos oder zu einem karglichen Lohn noch in Beschäftigung, ihren Führern folgen, sobald sie gerufen werden.

Stundenlang horchten die Massen auf dem Messeplatz in der Höhe aus, und als schließlich Banderwelle-Belgien die Grüße der Arbeiter-Internationale, Grumbach-Paris die der französischen Sozialisten und Austerlitz-Wien die der österreichischen Parteifreunde überbracht hatten, ging es stundenlang zurück in die Quartiere bzw. in die Wohnviertel.

Der An- und Abmarsch dauerte mehr als 8 Stunden.

Vor dem Volkshaus nahmen die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, die Mitglieder des Parteivorstandes und die Mitglieder der Kontrollkommission mit dem Senior der Partei, dem 85jährigen Wilhelm Bock an der Spitze, Aufstellung, um den Vorbeimarsch des von dem Messeplatz kommenden Demonstrationzugs abzunehmen. An der Spitze des viele Kilometer langen Zuges marschierten Fanfarenbläser und

dann folgten in Achterreihen Tausende von blauen Jacken und Jugend in ihrer Tracht.

Das war der Aufmarsch der Hoffnung der Partei. Die erste Stunde ist seit dem Beginn des Vorbeimarsches vorbei, ohne daß das Ende des Zuges abzusehen wäre. Immer wieder kommen neue Kolonnen treuer Pioniere und treuer Soldaten des Sozialismus, als sei der Zug schier endlos. Inzwischen rückt die Stunde der Eröffnung des Parteitages näher. Vor den Türen des großen Volkshauses begehren bereits viele Einläß, während draußen immer noch Kolonne auf Kolonne in Achter- und Zehnerreihen marschiert. So ging es trotz des gegen 5 Uhr nachmittags einsetzenden Gewitterregens bis in die Abendstunden. . .

Dieser Aufmarsch und dieser Umzug in Leipzig war ein gewaltiges Erlebnis, das allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben dürfte. Es war zugleich aber auch eine Mahnung an die Regierenden und an unser Gegner, den Bogen nicht zu überspannen. Wenn die Sozialdemokratie morgen aufruft zum Kampf gegen den weiteren Abbau der Lebensnotwendigkeiten unserer Arbeiterschaft, dann werden ihre Millionen folgen!

Der Sang von der Kraft im Massenschritt

Am Tage der Leipziger Parteitagsdemonstration

Solange das Weltgebäude steht,
Ein Mund zum andern spricht:
Wem je der Sinn nach Taten steht —
Der einzelne ist nichts!

Sehst du allein, verirrst du dich.
Gemeinschaft ist das Ziel!
Und niemals je verliertst du dich
Vereint im Kampfgewühl.

Das ist der Sang vom Massenschritt,
Von Lust und Leidenschaft:
Der zweite reiht den dritten mit —
Kraft! Kraft! Kraft!

Was ist es, das so kühnlich
Aus allen Augen sprüht?
Was macht das Volk so stark und froh,
Das durch die Straßen zieht?

Wie letzten Kampfs Fanfaren dringt's
Bald durch die ganze Stadt,
Da singt's und ruft's, da tönt's und kling't,
Jubel kein Ende hat.

Das rote Wehen hört nicht auf!
So herrlich klang noch nie
In einem einzigen Siegeslauf
Die neue Melodie.

Der kühne Sang vom Massenschritt,
Von Lust und Leidenschaft —
Und alle, alle reiht er mit —
Kraft! Kraft! Kraft!

Walter Victor.

Die Jugend grüßt den Parteitag

Der Fackelzug der Zehntausend.

Am Vorabend des Parteitages fand im Garten des Leipziger Volkshauses eine internationale Kundgebung der sozialistischen Arbeiterjugend statt. Lange vor Beginn schon zogen diese frischen, lebensbejahenden Jugendlichen zum Volkshause, singend, mit Musik, mit vielen, vielen roten Fahnen! An den Straßen staut sich die Menge und hieß die Jugend froh und herzlich willkommen. Fanfarenmusik der Leipziger Arbeiterjugend leitete die internationale Kundgebung ein. Genosse Lipinski begrüßte die Jugend für die Leipziger Parteiorganisation: Wir sind gewiß, daß die Jugend vollenden wird, was wir begonnen! Deshalb wollen wir sie im Geiste des Sozialismus erziehen. — Der Reichsvorsitzende der Arbeiterjugend, Genosse Ollenhauer, umriß die Aufgaben unserer Jugend im Kampfe um Freiheit, Demokratie, Sozialismus und Völkerfrieden und gegen den Faschismus. — Genosse Ranih-Wien sprach für die Jugendinternationale und die sozialistische Jugend Österreichs. Die Jugend darf sich nicht niederdrücken lassen von den wirtschaftlichen und politischen Widerständen; sie ist Lichtträger und Lichtbringer, sie trägt das Licht des Sozialismus in die Herzen der Menschheit! Anschließend formierten sich die vielen Tausende zu einem

Fackelzug,

dessen Vorbeimarsch über eine Stunde dauerte und der überall mit freudiger Begeisterung empfangen wurde. In der Nähe des Hauptbahnhofs löste sich der Zug auf, die Fackeln wurden zusammengepackt und eine riesige Feuerfackel löste in die dunkle Nacht wie ein Symbol, das vom Vollen der sozialistischen Arbeiterjugend kündete.

Wetter für Berlin: Ziemlich kühl und veränderlich, mit etwas Regen, mäßige Südwestwinde. — Für Deutschland: Fortschreiten der Gemitterregen mit Abkühlung bis zum äußersten Nordosten, darauf im ganzen Reich kühl und veränderlich mit Neigung zu weiteren Niederschlägen.

Otto Wels' Programmrede



Die Eröffnungssitzung.

Die Tribünen des in Rot drapierten Volkshausaales sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Tausende begehren vergeblich Einlaß. Im Saal haben die Delegierten Platz genommen. An der Rednertribüne ist das schwarz umflorte Bild Hermann Müllers angebracht. Unter den Zuhörern ist u. a. der preussische Kultusminister Grimme.

Mit dem Kampflied der Arbeit, gesungen von dem Arbeiter-Gesangverein Leipzig, unter Leitung seines Dirigenten Michael, nahm die Veranstaltung ihren Anfang. Darauf folgte die Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Leipziger Bezirksverbandes der SPD., des Reichstagsabgeordneten Lipinski.

Richard Lipinski:

In den 22 Jahren, die seit dem letzten Parteitag der Gesamtpartei in Leipzig vergangen sind, haben sich die politischen Verhältnisse völlig verändert. 1909 haben zahlreiche Parteigenossen an den Beratungen teilgenommen, die heute längst nicht mehr sind, so Luer, Sebel, Singer, Rosenbuhm u. a. Das Bürgertum und der Staat waren damals in Sachen der Feind der Arbeiterschaft. Es herrschte der Ordnungsblock. Die Sozialdemokratie war geächtet.

Aber in jähem Kampfe haben wir dem Bürgertum eine Position nach der anderen kritisch gemacht.

1912 fielen bei den sächsischen Wahlen von den 23 Wahlkreisen 22 der Sozialdemokratie zu. Wir konnten den Ruhmestitel erringen, das rote Königreich zu sein. Heute haben wir eine Demonstration erlebt, wie sie noch kein Parteitag erlebt hat. (Lebhafte Beifall.) Als wir den ehrenvollen Auftrag erhielten, die Vorbereitungen für den Parteitag in Leipzig zu treffen, sagten wir uns, daß wir eine große Demonstration gegen den Faschismus veranstalten müßten. Insbesondere die Stadt Leipzig hat zum großen Teil dazu beigetragen, daß der Erfolg der heutigen Demonstration auf unserer Seite war. Wir haben schon einmal eine Kundgebung auf dem Messeplatz gehabt, und zwar 1908 gegen die Wahlrechtsverschlechterung. Damals waren es 80000, heute waren es sicher doppelt soviel. Dem Oberbürgermeister von Leipzig muß man den Dank abstatten, daß er unsere Kundgebung durch das Verbot einer Veranstaltung auf dem Augustusplatz gefördert hat. In den letzten Jahren erleben wir in Leipzig einen stetigen organisatorischen Aufstieg. Aller Spaltung zum Trotz ging es vorwärts und aufwärts. Auf dem Parteitag werden wir nach Wegen zu forschen haben, wie es möglich ist, die wirtschaftliche und politische Demokratie, den Sozialismus zu erlangen. Es heißt, aus der Geschichte lernen! (Stürmischer Beifall.)

Nun betritt der Parteivorstand, Genosse Otto Wels, die Rednertribüne, vom Parteitag mit stürmischem Beifall empfangen.

Otto Wels:

Unser Parteitagsaal ist mit flammendem Rot geschmückt; aber dieses Rot umhüllt ein schwarzer Trauerflor, der das Bild Hermann Müllers umkränzt. (Der Parteitag erhebt sich.) Seit 25 Jahren im Parteivorstand, seit 10 Jahren unter Parteiführer, hat er gewaltige Leistungen für die Arbeiterbewegung vollbracht. Heroergegangen aus der Arbeiterklasse als typisches Beispiel dafür, welche Kräfte in ihr lebendig sind und welche aus ihr gehoben werden können, hat er unvergängliches geleistet zum Wohle des deutschen Volkes und der Menschheit. Ein Mann von eisernem Fleiß, von hartem Willen, eine Kampfnatur und zugleich ein Forscher, der unermüdet in die schwersten Materien eindrang, hat erst sein Tod erst recht der deutschen Arbeiterklasse die Größe ihres Verlustes offenbart.

Die Arbeiterbewegung hat national und international in diesen Jahren so schwere Verluste erlitten, als daß ich hier aller bekanntesten Kämpfer gedenken könnte. Wir haben in dem „Gedenkbuch“ zum Parteitag die Erinnerung an sie wieder wachgerufen. Aber der gewaltige Bau der gesamten Arbeiterbewegung verdankt über sie hinaus sein Wachstum all den ungenannten Soldaten des Proletariats, den eigentlichen Bauleuten.

Und selbst über ihren Kreis hinaus gedenken wir heute den Opfern aller Arbeit, deren Schicksal allein uns schon das Recht gibt, den menschenmordenden Kapitalismus auf Tod und Leben zu bekämpfen.

(Allgemeine Zustimmung.)

Der Ort unserer Tagung ist ein Symbol: Der Parteitag 1931 tagt in denselben Räumen wie der Parteitag 1909. Aber es ist nicht mehr das gleiche Gebäude, es ist inzwischen verjüngt und erneuert worden. Während des Kapp-Putsch es ist das Haus der Leipziger Arbeiterschaft durch Feuer vernichtet worden. Aber dank der hingebenden Opferbereitschaft des Leipziger Proletariats ist es schöner und größer neu entstanden.

So verbindet sich in unserer Bewegung das Alte mit dem Jungen.

In diesem Raume sehe ich eine Anzahl Kämpfer aus der damaligen Zeit. Neben sie und an die Stelle der inzwischen Gefallenen

sind junge Kräfte getreten, die bereit stehen, bis zum letzten Hauch ihre Kraft einzusetzen, um den Ideen des Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Wiedersehen der Leipziger und der sächsischen Arbeiterklasse, die mit einer so gewaltigen Kundgebung den Parteitag begrüßt hat.

Hunderttausende haben heute das Gelübnis für die Partei erneuert.

(Stürmischer Beifall.)

Und auch hier wieder eine Erinnerung an 1909. Auch damals wollte die Reaktion, die in dem roten Sachsen besonders stark war, die Abhaltung des Parteitages verhindern. Die Leipziger Arbeiterschaft hatte sich durchgesetzt. Unter der begeisterten Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung konnten die Vertreter des deutschen Proletariats im damals noch neuen Volkshaus ihre Beratungen abhalten.

Und diesmal haben wiederum einige Behörden geglaubt, durch eine Politik der Rubezucht die Kundgebung der Arbeiterschaft für ihre Partei verhindern zu können. Aber nun erst recht Hunderttausende sind heute aufmarschiert, um für den unaufhaltsamen Sieg des Sozialismus zu zeugen.

Es mußten die Massen, die schon seit Jahrzehnten der Demagogie des Proletariats die Treue halten. Es marschierte die Generation, die vier Jahre lang in Schmin und DFD der Kriegsfrent lag, um mit ihrem Körper das Vaterland zu kaufen, das nach ihrem Willen ein Vaterland des arbeitenden Volkes werden soll. Es marschierte die sozialistische Arbeiterjugend, halbe Kinder noch und trotzdem schon in den Erwerbskampf gestellt, in den Kampf der Arbeiterklasse um Befreiung aus dem kapitalistischen Joch, um die Gestaltung einer höheren Gesellschaftsordnung. Es marschierten die Roten Falken, die Organisation der Kinderfreunde, auf die wir mit besonderem Stolz blicken. Nach drücken sie die Schulbank, aber in ihrer Freiheit sammeln sie sich, um einen neuen Gemeinschaftsgeist zu pflegen, um sich fitlich und körperlich vorzubereiten für den Kampf um den Sozialismus. In den Kinderrepubliken haben Kinderfreunde und Rote Falken der staunenden Welt gezeigt, was sie wollen, was sie erstreben.

Diese Kundgebung war eine Feierstunde, wie man sie nur selten erlebt. Sie wird uns unvergeßlich bleiben, sie wird als Bekenntnis der arbeitenden Massen für die sozialdemokratische Partei über unsere Verhandlungen leuchten, sie wird als aufwühlende Erinnerung uns bleiben, wenn wir in den Alltag unseres Kampfes zurückgetreten sind.

Und dieser Alltag läßt uns noch einmal zurückblicken auf die Zeit des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909. Aus dem Bericht des Parteivorstandes auf dem Parteitag zu Leipzig 1909 hören wir:

„Hemmend auf den Ausbau unserer Organisation und auf die Verbreitung der Parteipresse wirkt die seit November 1907 wütende wirtschaftliche Krise, die sich im Laufe des Berichtsjahres noch anbauend verschärfte. Am 12., 13. und 14. Februar nahmen die Gewerkschaften und Partei in Groß-Berlin eine Arbeitslosenzählung vor und ermittelten 101300 Arbeitslose. Auch in anderen Gegenden wurden durch Zählungen ähnliche Resultate erzielt. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß seit längerer Zeit mehr als eine Million Arbeitslose in Deutschland vorhanden sind. Die Arbeitslosigkeit drückt nicht nur insofern auf das Einkommen der Arbeiter, als an Stelle von Lieberlundenverdienst Perioden der Arbeitslosigkeit treten, sondern auch für den vollbeschäftigten Arbeiter sinkt das Einkommen. Die Not der Arbeiter wurde noch verschärft, weil in derselben Zeit, als die Einkommen der Arbeiter sanken, eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintrat. Die Roggenpreise stiegen 1907 auf eine selten erreichte Höhe, und die Weizenpreise erreichten im Frühjahr 1909 den Gipfelpunkt. Der im März 1906 in Kraft getretene Bucherart trat in dem Augenblick in volle Wirkung, als infolge der Krise die Löhne zurückgingen. So sind die Klagen, die bald allen Berichten unserer Organisation angefügt sind, verständlich.“

Die Genossen in fast allen Gegenden klagen, daß die Arbeitslosigkeit die Organisation und den Abonnementstand der Parteipresse schwächte. Mitglieder und Abonnenten der Parteipresse werden durch Arbeitslosigkeit gezwungen, ihre Stellung aufzugeben.“

Aber ein großer Unterschied ist zwischen der damaligen Zeit und dem Heute. Damals gab es keine Arbeitslosenversicherung! 1909 mußte der Parteivorstand berichten, daß die Arbeitslosigkeit die Organisation und die Parteipresse geschwächt habe. Jetzt aber können wir mit Genugtuung mitteilen, daß trotz viel schwerer Wirtschaftskrise, trotz der grauamsten Arbeitslosigkeit, die je zu verzeichnen war, die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit Magdeburg, also innerhalb von zwei Jahren, um mehr als hunderttausend Mitglieder gewachsen und damit die Million überschritten worden ist!

(Stürmischer, anhaltender Beifall.) Seit dem Abschluß unseres Berichtes ist unter der Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ die Mitgliederzahl noch weiter in die Höhe gegangen. Die immerwährende Mahnung „Wo bleibt der zweite Mann?“ hat da ein-

gefeh, wo wir einstmalig begannen: in der Kleinarbeit. Nicht nur Mitglieder wurden gewonnen, auch der Werber gewann dabei. Er lernte — Menschen lernte er kennen, beobachten und behandeln.

Wir lassen nicht nach, bis die Parole erfüllt ist!

Der Parteivorstand macht sich nicht an, diesen erfreulichen Erfolg unserer Bewegung verursacht zu haben. Was wäre die Sozialdemokratische Partei, was wären die anderen Massenorganisationen der Arbeiterklasse ohne die hingebende Arbeit ihrer Funktionäre? Niedriger Lohn, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Unterernährung, alle Plagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems lasten auf ihnen. Eine Welt von Feinden steht gegen sie. Aber nichts kann ihre Treue, ihre Opferbereitschaft, ihre Überzeugung von unserem endlichen Sieg erschüttern!

Sie arbeiten für ihre Partei, für den Sozialismus, wenn nach der Körper und Geist tödlichen Ironie im Betriebe die Stunden endlich herangekommen sind, die eigentlich für Ruhe und Erholung bestimmt sind.

Sie scheuen vor stundenlangen Wanderungen durch Sturm und Meer nicht zurück, um an den Kundgebungen der Sozialdemokratie teilzunehmen. Sie klettern treppauf, treppab, um immer wieder neue Kämpfer für unsere große Bewegung zu gewinnen. Wir marschieren gemeinsam, auch wenn zeitweilig greifbare politische Erfolge ausbleiben. Wir kämpfen mit verdoppeltem Fleiß weiter, auch wenn vorübergehende politische Mißerfolge eintreten. Denn es geht für uns nicht allein um diese oder jene Tagesforderung, so wichtig sie für den Einzelnen, wie für die Gesamtheit auch sein mag.

Es ist das sozialistische Ziel, dem wir unbeirrt nachstreben, es ist die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, für die wir arbeiten, für die wir kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Wie stark der Gedanke des Sozialismus in den breiten Massen des Volkes Wurzeln geschlagen hat, das zeigt am besten die Tatsache, daß die reaktionäre Bewegung unserer Zeit, die Nationalsozialistische Partei, den Begriff des Sozialismus und den Namen des Arbeiters schändet, indem sie sich ihrer bedient. Schwerindustrie und Großhändler zählen sich zu den Freunden der Hitler-Partei. Hohenzollernprinzen, abgetaktete Generale sind die bevorzugten Förderer dieser Bewegung. Und das nennt sich eine sozialistische, eine Arbeiterpartei!

Aber so lächerlich diese Profilittierung der uns teuren Begriffe auch ist, so zeigt sie uns doch, wie allgemein die Erkenntnis davon ist, daß es aus dem Elend der kapitalistischen Wirtschaft nur einen Ausweg geben kann, den Sozialismus, und daß der Kampf um den Sozialismus nur von einer Klasse geführt werden kann, von der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Und diese Erkenntnis wird von den Nationalsozialisten dazu mißbraucht, um ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Es gibt keine Sage, es gibt keine Fälschung, es gibt keine Verleumdung, die nicht von den Halentreuzern in den Dienst ihrer Sache gestellt würde. Ehrenworte werden gegeben, um gleich hinterher wieder gebrochen zu werden. Eide werden geleistet, von denen man weiß, daß sie nicht der Wahrheit entsprechen.

Nach im September des vorigen Jahres hatte Herr Hitler im Leipziger Hochverratsprozeß gegen die Reichswehroffiziere aus Ulm verkündet, daß die Kämpfe in den Sand rollen würden, wenn seine Partei erst zur Macht gekommen sei. Jetzt aber schändet er vor einem Berliner Gericht, daß die Nationalsozialistische Partei seinen anderen Gedanken habe, als auf friedliche und unblutige Art zur Herrschaft zu gelangen. Nichts mehr von Buß, nichts mehr von der Rebellion, jetzt fließt sein Mund von „Legalität“ über.

Im Zeichen dieser „Legalität“ soll der Monarchismus in Deutschland wiederhergestellt werden. Im Zeichen dieser „Legalität“ sollen aber auch alle politischen Freiheiten und alle sozialen Rechte vernichtet werden, die die arbeitenden Klassen Deutschlands in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen erkungen hatten. Wir aber sagen heute den Nationalsozialisten und allen, die mit ihnen sympathisieren:

Wir pfeifen auf eure „Legalität“!

(Stürmische, langanhaltende Beifallskundgebungen.) Wie wissen, was sich dahinter verbirgt! Die nackte Reaktion, die brutale Willkür, die Restauration aller volkfeindlichen Einrichtungen vergangener Zeiten!

Euer Musterland ist Italien. Auch dort war der Faschismus angeblich demokratischer als die Demokratie — sozialistischer als die Sozialisten — republikanischer als die Republikaner und schließlich noch marxistischer als die Marxisten, um Diktatur an Stelle der Demokratie — Monarchie an Stelle der Republik — Terror und Gewalt an Stelle des Gemeinheitsgedankens zu legen.

Und unsere Antwort darauf ist: Mag auch ein Teil des deutschen Bürgerturns sich heute vor jenen Großsprecheren duden, mögen Großgrundbesitzer, Schwerindustrie, Bank- und Börsenfürsten und alle Fürstlichkeiten sich in der Nationalsozialistischen Partei zusammenfinden,

die deutsche Arbeiterbewegung, die deutsche Sozialdemokratie ist und wird sein!

Legal oder illegal — wenn die Nationalsozialisten den Versuch machen sollten, die von ihnen verkündete reaktionäre Gewaltherrschaft über das deutsche Volk zu errichten, so wird die deutsche Arbeiterklasse den Kampf zu führen wissen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln!

Wir wollen nicht mit den Waffen der Barbaren kämpfen. Aber die Millionen des werktätigen Volkes stehen bereit, um bis zum letzten Blutstropfen die demokratischen Freiheiten und die sozialen Rechte zu verteidigen!

(Langanhaltende stürmische Zustimmung.)

Das erklären wir in voller Würdigung der schwierigen Wirtschaftslage, in der das deutsche Volk sich befindet. Wir wissen, daß jede von den Halentreuzern oder den Kommunisten, die einer besondern Schrittmacher sind, verursachte gewalttätige Auseinandersetzung nicht nur den politischen Zusammenbruch herbeiführen, sondern auch die jetzige wirtschaftliche Krise bis zur wirtschaftlichen Katastrophe des deutschen Volkes treiben muß.

Und es war nicht Furcht vor den Prahlereien der deutschen Faschisten nach dem 14. September 1930, die unsere taktische Haltung in den letzten vier Monaten bestimmte, sondern es entsprach durchaus den Grundgedanken der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterbewegung, daß jeder Versuch unternommen werden muß, um die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf friedliche Weise zu lösen.

Wir wissen, daß wir mit dieser Taktik des Ausweichens die härteste Anforderung an die Disziplin, an die Selbstbeherrschung unserer Anhänger gestellt haben. Und wir sind stolz darauf, daß trotz der von uns betriebenen, gewiß nicht populären Taktik die Massen des arbeitenden Volkes zu uns stehen, unsere Kadere geschlossen geblieben sind, unsere Organisation von Monat zu Monat stärker wird. (Bravo!) Die Aufgaben, die heute der Demokratie gestellt sind, stellen an jeden, den Führer und den Geführten, der ja den Führer erst wählt, die höchsten Anforderungen.

Die Demokratie kann sie nur erfüllen, wenn sie vom gegenseitigen Vertrauen durchdrungen ist.

Dieses Vertrauen ist nicht nur Sache des Gefühls, sondern es fordert Verstand und Einsicht in die tatsächlichen Zusammenhänge.

Parteienossen! Wir stehen in einem Abwehrkampf von weitestgehender Bedeutung für die Demokratie, und damit für den Sozialismus. Demokratie oder Diktatur? Das ist die Frage. Der Erfolg hängt von dem Vertrauen ab, das in den kämpfenden Heereskörpern zwischen Führern und Massen besteht. Kommunisten und Faschisten suchen seit Jahren dies Vertrauen in der Arbeiterbewegung zu untergraben. Um so stärker wird bei uns die Erziehung zur Demokratie identisch mit der Vertrauensfrage in der Demokratie.

„Misstrauen ist eine demokratische Tugend.“ Gull!

Aber wer jetzt im Lager der Demokratie nichts anderes zu tun hat als Misstrauen zu säen, befördert die Arbeit der Apostel der Diktatur. Er schwächt die Demokratie.

(Demonstrativer stürmischer Beifall.)

Parteienossen! Jeder politische Abscheu hat erkannt, nur Verleumdung können etwas anderes sagen, denn alle Welt weiß,

daß die Politik der Regierung, die jetzt an der Spitze des Reiches steht, nicht unsere Politik ist.

Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir jede Verantwortung für die Handlungen der gegenwärtigen Reichsregierung ablehnen müssen.

Das bezieht sich vor allem auf die Wirtschaftspolitik. Der Erfolg der Halentreuzer am 14. September des vorigen Jahres hat die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung zur Folge gemacht. Nach dem Ausfall dieser Wahl ist die Kapitalkraft der deutschen Wirtschaft um Milliardenwerte geschwächt worden. Der erste nationalsozialistische Erfolg hat also darin bestanden, daß die wirtschaftliche Lage noch weiter verschlechtert wurde und daß sich damit die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf die Riesenzahl des vorigen Winters vergrößern mußte.

Aber wenn wir das alles auch wissen, so müssen wir doch der Regierung zum Vorwurf machen, daß sie eine Wirtschaftspolitik gefördert hat, die den kurzfristigen Standpunkt eines selbstsüchtigen Unternehmertums mehr entsprach als den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung.

Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben schon seit längerer Zeit in programmatischen Kundgebungen und in detailliert aufgestellten Plänen die Wege gewiesen, die zur Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft führen sollen. Wir verlangen die Hebung der Massenkaufkraft durch Herabsetzung der Warenpreise auf den Stand des Weltmarktes und die Erhaltung der Kaufkraft der arbeitenden Klasse durch Sicherung des Arbeitslohnes. Wir forderten den energischen Ausbau des Handelsvertragsystems, vor allem mit den Ländern, in denen wir unsere Industrieerzeugnisse absetzen können. Wir zeigten, wie die Ergiebigkeit der Landwirtschaft gesteigert und durch die Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen landwirtschaftlicher Erzeugung und städtischem Verbrauch der Agrarkrise wirksam begegnet werden könne.

Wir forderten die allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, um auf diese Weise für viele Hunderttausende von Volksgenossen neue Arbeitsplätze zu sichern.

Nichts von alledem ist geschehen und die Folge dieser Passivität ist nicht allein die weitere Verschärfung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern im Zusammenhang damit stehen auch die unausgeheilt sich folgend verschärfenden der Finanzlage bei allen öffentlichen Körperschaften.

Und auch hier sehen wir das, was man im alten Oesterreich als Fortmunkela bezeichnete. Wie oft schon haben wir in der letzten Zeit von Sanierungsprogrammen und Finanzreformen gehört. Es ist aber bisher stets beim alten geblieben, man hat unser Finanzsystem nicht weiter entwickelt, sondern es zugunsten der bestehenden Klassen verschlechtert. Auch hier hatte es die Sozialdemokratie an wegweisender Kritik nicht fehlen lassen.

Vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus gesehen ist es eine selbstverständliche Forderung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not die bestehenden Klassen in verstärkter Maße zu den Lasten des Staates herangezogen werden.

(Stürmische Zustimmung.) Diese Forderung hat noch gar nicht einmal etwas mit Sozialismus zu tun. Sie müßte von allen Parteien unterstützt werden, die so gern vom gemeinsamen Vaterland sprechen, wenn die bestehenden Klassen für das Vaterland Opfer bringen sollen. Bei der Aufbringung der Staatslasten aber versagen regelmäßig die vaterländischen Gefühle der bestehenden Klassen und ihrer Parteien. Sie haben dabei geholfen, die Massenbelastung zu verstärken und die Selbstsucht der bestehenden Klassen sei daran erinnert, daß es im Frühjahr dieses Jahres nicht einmal möglich war, die Erhöhung der Zuschläge auf die Einkommensteuer für Einkommen über 2000 M. und der Einkommensteuer durchzusetzen. Und ich erinnere weiter daran, daß bisher auch die Herabsetzung der hohen Pensionen und die Anrechnung der Rednerdienste auf diese Höchstpensionen an dem Widerstand der Reichsparteien mit Einschluß der Nationalsozialisten gescheitert ist.

Die ungünstige Entwicklung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Verhältnisse konnte natürlich auch nicht ohne Einfluß auf den Stand unserer Sozialpolitik bleiben. An unsere sozialpolitischen Einrichtungen werden die härtesten Anforderungen gestellt. Aber wenn je das Wort von der gegenseitigen Hilfe, die das oberste Gebot des Volksstaates sein soll, verwirklicht werden müßte, so in unseren Zeiten der allgemeinen Verelendung. Was geschah jedoch?

An den Ausgaben für die Reichswehr ist bisher nichts erspart worden, um so mehr jedoch an den Ausgaben für soziale Zwecke!

(Lebhafter Beifall.) Wir können es uns als Verdienst anrechnen, daß es uns gelungen ist, die Angriffe des Unternehmertums auf die Sozialgesetzgebung im allgemeinen abzuwehren.

Und wir dürfen weiter feststellen, daß die deutsche Republik, das deutsche Volk, im Jahre rund 12 Milliarden Mark für seine sozialen Einrichtungen ausgab und sich damit noch immer neben anderen Nationen sehen lassen kann.

Trotzdem sind die auf Drängen der Unternehmervereine eingeführten sozialpolitischen Verschlechterungen, besonders in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung, so erheblich, daß wir die größten Anstrengungen zu machen haben werden, um sie wieder zu beseitigen. (Zustimmung.)

Von welchem Geist die bestehenden Klassen gegenüber der Sozialgesetzgebung erfüllt sind, dafür zeugen die zahllosen Aufsätze, Reden und Denkschriften, die von den Unternehmervereinen in den letzten Jahren veröffentlicht worden sind. Kann man aber diese reaktionäre Gesinnung vom Standpunkt des Unternehmertums aus begreifen. So muß man es geradezu als eine Schande bezeichnen, wenn eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, gleichfalls in der geschäftlichen und niederträchtigen Weise die deutsche Sozialgesetzgebung herabzusetzen sucht. Vor wenigen Tagen erst hat der nationalsozialistische Minister Franz von Braun-Schweig, einer der prominentesten Führer der Halentreuzer, die erwerbslosen Empfänger seiner Strafbefehle wegen des Schulstreiks als Armegepömpfänger bezeichnet.

(Stürmische Entrüstungskundgebung.) In der kaiserlichen Zeit, die die Nationalsozialisten wieder erneuern wollen, war es der größte Schimpf, Armegepömpfänger zu sein. Wer Armenunterstützung erhielt, ging aller seiner politischen Rechte verlustig, er wurde zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt. Weiß der Herr Minister Franz nicht, daß die Arbeiter und Angestellten ein gleiches Recht auf die Unterstützungen aus

der Arbeitslosenversicherung haben? Ist es diesem Manne und seiner Partei noch nicht aufgegangen, daß es keine höhere Pflicht für den Staat gibt, als für die Opfer der Krise, der Arbeit und des Alters zu sorgen?

Aber diese Fragen sind müßig. Das Beispiel sei nur erwähnt, um den arbeitenden Massen noch einmal deutlich zu zeigen, was ihrer wartet, wenn erst die Nationalsozialisten zur Herrschaft über Deutschland zugelassen werden sollten!

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die hohen Reparationszahlungen, die Deutschland zu leisten hat, zu einer Verschärfung unserer wirtschaftlichen Not beigetragen haben.

Die Sozialdemokratische Partei hat niemals ein Fehl aus ihrer Anschauung gemacht, daß zuerst für Brot und dann erst für Reparationen gesorgt werden müsse.

(Beifall.) Wenn wir dem Dawes-Abkommen und dem Young-Plan zugestimmt haben, so geschah das nicht, weil wir mit der hohen Belastung des deutschen Volkes zugunsten anderer Staaten einverstanden waren, sondern weil wir damit noch Schlimmeres verhüten wollten. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß das Dawes-Abkommen der Ruhrbesetzung ein Ende machte, die Deutschland zugrunde zu richten drohte. Wir erinnern weiter daran, daß der Young-Plan nicht nur die Dawes-Lasten wesentlich herabsetzte, sondern zugleich die Befreiung der Rheinlande herbeiführte.

Aber gerade weil wir durch unsere außenpolitische Haltung die wirtschaftliche und nationale Vernichtung des deutschen Volkes verhindert und die ursprüngliche Höhe der uns auferlegten Last wesentlich herabgemindert haben, dürfen wir für uns das Recht in Anspruch nehmen,

eine weitere Herabsetzung der Reparationsabgaben und die schließliche Befreiung jeder Reparationslast zu fordern.

damit Deutschland nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich die Gleichberechtigung unter allen Völkern der Erde zurückgewinnt. Wir können Verträge halten, ohne die Bindung für uns, sie zu erhalten! Das hieße völliger Stillstand. (Lebhafter Beifall.)

Es ist aber eine vollendete Demagogie, wenn diejenigen, die den Zusammenbruch des deutschen Volkes verursacht haben, die mitschuldig daran sind, daß der Weltkrieg bis zum Weichbluten unseres Volkes fortgesetzt worden ist, daß diese Verbrecher an der deutschen Nation jetzt die Sozialdemokratie, den „Marxismus“ beschuldigen, sie hätte die Reparationslasten erst verurteilt! Dieses blöde Geschwätz ist bereits mit der Feststellung abgetan, daß Herr Adolf Hitler, der vor dem 14. September die Young-Ketten zerreißen wollte, nach dem Wahltage den Engländern und den Amerikanern versicherte, daß die Nationalsozialisten, wenn sie zur Herrschaft kommen sollten, nicht daran dächten, die bestehenden Verträge zu verlegen. Und dieselben Nationalsozialisten, die vor der Wahl keinen Pfennig an unsere ehemaligen Kriegsgegner zahlen wollten, haben nach der Wahl im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags einen Antrag niedergestellt, der die Einstellung aller Reparationszahlungen verlangte!

Parteienossen! Nachdem ich mich so mit den Nazis habe, gestalten Sie, daß ich wenigstens Worte auf die Kommunisten verwende, die für den Leipziger Parteitag ein Rundschreiben von 30 angeblich von Maschinenherstellern hergestelltes und versandt haben, in dem Larnows Referat, aber auch Breitscheid und Odenhauer schon widerlegt worden und die unter dem Titel: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Broschürenserie anfindigen.

Parteienossen! Für jene Parteien arbeitet die Wirtschaftskrise, arbeitet die Not!

Hiese es nicht die Frucht siebzehnjähriger Arbeit daransehen und mühten wir nicht in die Erde sinken vor Scham, das Erbe der von uns gegangenen Generation verschleudert zu haben, wäre das Experiment nicht zu teuer bezahlt und würden uns nicht diejenigen verfluchen, die heute so tun, als könnte es nicht schlimmer werden:

der Anschauungsunterricht, das Selbstleben dessen, was der italienischen Bevölkerung, dem russischen Arbeiter und Bauern zugemutet wird, brächte die Unfähigkeit jener Parteien so sehr an den Tag, daß sie um jeden Kredit kämen.

In Rußland — darüber ist kein Zweifel — hängt alles von dem Gelingen des Fünfjahresplans ab. Es gibt niemanden in der deutschen Sozialdemokratie, der ein Interesse an seinem Scheitern hätte. Der Kampf, der sich dort vollzieht, der in der gewalttätigen Aufzucht der Industrie neben der Enteignung der Kulaken vor sich geht, ist in Wahrheit ein Kampf um die politische Macht zwischen Kommunisten und Kulaken, d. h. Großbauern. Wählt der industrielle Fünfjahresplan, kann er das Land, die Kolchosen, nicht mit Traktoren und Maschinen beliefern, so ist auch die Kollektivierung des flachen Landes gescheitert, und das Kulakentum wird neben seiner wirtschaftlichen Macht auf dem Lande durch seine Beziehungen zu den Städten entscheidenden politischen Einfluß erlangen.

Am diesen Kampf zu verstehen, brauchen wir nur darauf hinzuweisen, was sich im Jahre 1789 in Frankreich vollzogen hat. Nur ist es hier für uns so unübersichtlich, wie jene Vorgänge es für jene Zeit waren.

Der russische Bauer, der das in der Revolution erhaltene Land gegen die Konterrevolution der Brangel, Denikin verteidigte, verteidigt es heute gegen die Sowjets, in Wahrheit gegen die Kommunisten.

Es ist kein Zweifel, die Sowjets waren im Jahre 1918 einmal Organe des Massenwillens, aber 1931 ist nicht 1918! Heute ist der Einfluß der Sowjets bedeutungslos, ebenso wie Betriebsräte und Gewerkschaften in den Städten jeden Einfluß verloren haben. Es herrscht allein die Bürokratie, die Diktatur der Bürokratie über das Proletariat und über die Bauern.

Der Arbeiterstaat ist nur noch ein Märchen für guldgäubige Kinder.

Deshalb braucht man nicht etwa zu schlussfolgern, daß die Leiter des Sowjetstaates alle nur Komödie spielen, wenn sie vom Sozialismus reden.

Aber die Erscheinungen in Rußland zeigen die Wahrheit der großen Lehre von Karl Marx: „Die Befreiung des Proletariats kann nur sein eigenes Werk sein!“ Die sozialistische Wirtschaft setzt eben eine reifere Entwicklung voraus, die in Rußland fehlt, die immer noch schwach ist, und dementsprechend unreif ist sein Proletariat. Der russische Arbeiter ist kein richtiger Proletarier, er ist ein Bauer in blauer Bluse, ohne politische und gewerkschaftliche Schulung. Das ist nicht seine Schuld, sondern die Folge der Rückständigkeit seines Landes. Freilich: bis jetzt ist Rußland nach außen hin der Arbeiterstaat, in Wirklichkeit aber lange nicht mehr. Der Kriegskommunismus, der höchstens bis zum Frühjahr 1921 währte, ist zusammengebrochen, und wir sehen jetzt in Rußland einen neuen Versuch, die produktiven Kräfte des Landes in staatskapitalistischen Formen zu entwickeln.

Die roten Fahnen des Kommunismus dienen nur dazu, das wahre Wesen dieser kapitalistischen Wirtschaft zu verhehlen. In Rußland wird jetzt das geschaffen, was in anderen Ländern der Kapitalismus geschaffen hat: Aufbau einer Großindustrie auf Kosten der werktätigen Massen, genau so wie die Großindustrie überall aufgebaut worden ist.

Herrn der Fabriken sind die russischen Arbeiter ebensowenig wie die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, und die Unfähigkeit der russischen Bürokratie Recht einer erfolgreichen Entwicklung des Staatskapitalis-

mus entgegen. Denn die Diktatur — und das ist das Entscheidende — verhindert das politische Reifen der Arbeiterklasse.

Herr Litwinow hat im Europa-Ausschuß zu Genf einen wirtschaftlichen Richtungsplan in Vorschlag gebracht.

Das ist ein Friedensangebot an die kapitalistische Welt. Wenn Herr Litwinow nach dem Sozialismus repräsentiert, könnten wir uns damit näher befaßen. Aber hier steht nicht mehr der Vertreter der Weltrevolution, sondern der Vertreter der staatskapitalistischen Unternehmung Rußlands vor den Repräsentanten des brüchigen Privatkapitalismus mit der Hoffnung auf engere Geschäftsverbindung mit liquideren Partnern.

„Kommunismus ist Anapitalismus, nicht Sozialismus“

Dieses Spottwort zeigt, wie man in der kapitalistischen Welt die wirtschaftliche Situation in Sowjetrußland aufsaßt.

In den 13 Jahren bolschewistischer Herrschaft ist der Einfluß der Sowjets gestorben. Eine drakonische Zensur erstreckt jedes freie Wort, keine Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, überall herrscht politische Kirchhofruhe in Rußland. Das erinnert uns an das folgende Wort Rosa Luxemburgs:

„Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erliegen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, indem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein. Im Grunde also eine Cliquenwirtschaft, eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.“ (Lebhafte Hört! hört!)

Das schrieb Rosa Luxemburg im Sommer 1918 und die Gegenwart gibt ihr recht! Bei all der Not und dem Elend in Rußland wäre es vielleicht nicht unmöglich, aus ihm eine leistungsfähige Wirtschaft entstehen zu lassen. Aber sozialistisch wäre sie nicht. Denn Sozialismus heißt Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und solange nicht die Gesellschaft über sie verfügt, sondern eine Parteigruppe, so lange kann von Sozialismus nicht die Rede sein. Das Proletariat kann nicht von noch so wohlwollenden Intellektuellen befreit werden.

Aufgeklärter Absolutismus ist nicht die Regierungsform der sich bildenden sozialistischen Gesellschaft. Zur Herrschaft der Gesellschaft über die Produktionsmittel braucht sie die Freiheit, die Demokratie.

(Stürmischer Beifall.) Und wenn der faschistische Senator Enrico Ferri sagt, der Faschismus in Italien sei im Grunde nur eine Welle der Reaktion auf den Bolschewismus der Nachkriegszeit, der auf der zeitweiligen Schwäche des Staates gegen ihn beruhe, dann hat mit der obigen Kennzeichnung des Bolschewismus und mit ihm auch der Faschismus selbst in kapitalistischen Augen seine Existenzberechtigung verloren.

Bolschewismus und Faschismus sind Brüder.

Sie basieren auf der Gewalt, auf der Diktatur. Sie mögen sich noch so sozialistisch gebärden, ohne Freiheit des politischen Handelns, Freiheit der Meinung, der Presse und der Organisation sind sie Zerrbilder des Sozialismus und geben der Arbeiterklasse keine Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Der Sozialismus aber kann nur werden aus dem freien Willen der werktätigen Massen; er läßt sich nicht einführen, er muß das Werk der Massen selber sein, und die tiefste aller Lehren, die wir aus Rußland und aus jener Entwicklung ziehen, ist,

daß ohne Demokratie der Sozialismus nicht möglich ist.

(Stürmischer Beifall.)

Parteilosen! Deshalb ist unsere Haltung so eindeutig und klar. Deshalb war unsere Gesamtpolitik stets nur darauf gerichtet, den Interessen des arbeitenden Volkes zu dienen. Nach der Reichstagswahl vom Mai 1928 haben wir unter Hermann Müller die Regierungsbildung übernommen, um zu zeigen, daß wir uns der Verantwortung wohl bewußt waren, die uns unser damaliger Wahlerfolg auferlegte. Der Sturz des Kabinetts Müller im vorigen Jahre ist nicht erfolgt, weil wir zu wenig für das deutsche Proletariat getan haben, sondern

weil die bestehenden Klassen befürchteten, daß eine Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung in der Krise zuviel für das arbeitende Volk tun könne.

Wir brauchen nur die Zeit zu vergleichen, in der das Kabinett Hermann Müller regierte, mit der heutigen Zeit, in der kein Sozialdemokrat der Regierung angehört, um den Zweck des Sturzes des Kabinetts Müller zu erkennen.

Die Reichstagswahl vom 14. September hat die Situation für das arbeitende Volk noch wesentlich verschlechtert. Und nunmehr mußte unsere politische Taktik darauf eingestellt sein,

das größte Unglück zu verhüten, das über das deutsche Volk kommen könnte, die Errichtung einer offenen oder verdeckten faschistischen Gewalt Herrschaft.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dem entsetzten gewalttätigen Nationalismus sehen wir den wahren Radikalismus unserer Gedankenwelt entgegen.

Der Weg, den wir zu gehen haben, liegt klar vor unseren Augen. Daß er ein friedlicher sei, ist unser Wille, unsere Gegner werden uns zu gerufen finden, wenn Einsichtlosigkeit und Machtgier uns von diesem Wege abzudrängen versuchen!

„Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all.“

(Langanhaltende stürmische Zustimmung.)

Wenn wir alle unsere Kraft dafür einsetzen, um die republikanische Staatsform, um die demokratischen Rechte zu erhalten, so tun wir das, weil wir wissen, daß nur auf dieser Grundlage der Kampf des arbeitenden Volkes um höhere Lebensgeltung geführt werden kann. Diktatur bedeutet nicht nur die Beseitigung aller politischen und staatsbürgerlichen Rechte, sie bringt zugleich die völlige Verelendung der breiten Masse des Volkes, sie beraubt sie der Möglichkeit, durch die Waffe ihrer Organisationen für Leben und Brot zu kämpfen.

Das ist in Rußland heute ebenso wie in Italien. Und wenn das spanische Volk zugleich mit der Diktatur die Monarchie beseitigte, so schuf es damit die Voraussetzung, um durch den sozialen Kampf eine Verbesserung seiner Lebenslage zu erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Unser Parteitag wird nunmehr zu prüfen haben, ob unsere Taktik richtig war oder ob sie in wesentlichen Punkten geändert werden muß. In voller Offenheit werden wir wie immer über unsere Tätigkeit sprechen, in voller Offenheit werden wir aber auch neue Waffen zu schmieden haben, die dem Befreiungskampf des arbeitenden Volkes dienen sollen.

Und so wollen wir an die Arbeit unseres Parteitages gehen mit dem festen Willen, ihn zu einem leuchtenden Punkt in der weiteren Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zu machen. Und unsere Beschlüsse werden getragen sein von dem hohen Gedanken, daß sie die bindenden Ziele für unsere Kampfgenossenschaft sein müssen. Mögen wir in Einzelfragen verschiedener Meinung sein, so gilt doch für unsere Gesamtarbeit und so gilt für diesen Parteitag nur die eine Lösung:

Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Ketten des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Kampf für die Errichtung einer Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage.

Nieder mit der Reaktion, es lebe der Sozialismus!

(Begeistert, anhaltender Beifallssturm.)
Damit erkläre ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet.

Wahl der Vorsitzenden.

Auf Vorschlag von Auer-München wird Genosse Wilhelm Bod-Gotha zum Ehrenpräsidenten des Parteitages gewählt, Otto Wels und Richard Lipinski zu Vorsitzenden. Beim Einnehmen der Plätze am Vorstandstisch begrüßt der Parteitag den 85jährigen Vorsitzenden des Nürnberger Einigungskongresses, Genosse Bod-Gotha, mit langanhaltendem, stürmischem Beifall.

Hierauf begrüßt im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig Genosse Bürgermeister Schulze den Parteitag: Die Verhandlungen des Parteitages der größten deutschen Partei sind nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die ganze deutsche Republik von weittragender Bedeutung. Sie tagen im Zeichen der fürchterlichen Not und Verelendung der breiten Volksmassen. Ganz Deutschland blickt voller Erwartung auf die Wege aus der Krise, die Sie aufzeigen werden. Wir, die wir in der kommunalen Verwaltung tätig sind, bitten Sie vor allem, auch die unerträgliche Sorgenlast der Gemeinden erleichtern zu helfen.

Ein Prolog von Max Barthel: „Der große Hammer“ wird von dem Redaktor Watzke wirkungsvoll vorgetragen.

Vorsitzender Wels: Wir fahren in der Konstituierung des Parteitages fort.

Auf Vorschlag von Hülich-Rüstringen werden zu Schriftführern bestimmt: Thielemann-Braunschweig, Kunze-Stettin, Haube-Görlitz, Zimmermann-Thüringen, Hamann-Cassel, Frau Daum-Niederrhein, Hofmann-Oberpfalz, Steinert-Chemnitz und Johanna Haas-Offenbach.

Ebenso werden auf Vorschlag von Dietrich-Thüringen in die Mandats- und Beschwerdekommision gewählt: Wilhelm Krüger-Brandenburg, Palmer-Berlin, Koch-Mäherleben, Flora Frankenstein, Frau Bonze-Hannover, Lomig-Franken, Emil Kraus-Zwidau, Albert Faust-Hamburg und Schmitz-Westfälisches Bestfalen.

Die übliche Geschäftsordnung des Parteitages wird genehmigt. Zur Tagesordnung teilt Wels mit, daß Parteivorstand und Parteiaussschuß beschlossen haben, das Referat über den Faschismus und den Bericht der Reichstagsfraktion aufeinander folgen zu lassen und die Diskussion darüber zu verbinden; erst danach soll das Referat Partei und Jugend als Punkt 4 der Tagesordnung folgen. — Der Parteitag stimmt dem zu. Zu den

Anträgen auf Bestellung von Korreferenten

erklärt Wels, daß Parteiaussschuß und Parteivorstand bereit seien, in der Debatte über den Fraktionsbericht einem der neun Genossen, die gegen die Fraktion gestimmt haben, eine halbstündige Redezeit einzuräumen. Der Referent zu diesem Punkte müsse innerhalb einer Stunde über zwei Jahre Arbeit der Reichstagsfraktion berichten, habe also für diese Streitfrage sicher sehr viel weniger Zeit.

Petrich-Thüringen (zur Geschäftsordnung): Es ist alte, gute Tradition der Partei aus der Vorkriegszeit, zu Streitfragen Korreferenten zu bestellen. Es wäre besser gewesen, wenn der Parteivorstand von sich aus auch diesmal so verfahren wäre und nicht erst Anträge aus den Organisationen abgewartet hätte. Auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 hat es Bebel für eine Selbstverständlichkeit erklärt, daß man den süddeutschen Budgetbewilligern das Recht auf Verteidigung zugestehen müsse. Heute liegt die Situation ähnlich: Panzerkreuzer und andere Vorgänge in der Reichstagsfraktion sind in den Organisationen leidenschaftlich umstritten worden, und es ist notwendig, offen und klar darüber zu sprechen.

Krüger-Berlin (zur Geschäftsordnung): Selbstverständlich soll darüber und über alles andere auf dem Parteitag offen und klar gesprochen werden. Aber genau so gut wie die neun Genossen, die gegen die Fraktion gestimmt haben, hätten das Recht auf ein Korreferat die 24 Genossen, die unbedingte Gegner der Groenepolitik sind, die aber Fraktionsdisziplin durch Hinweisgeben beachtet haben. Hier steht die Politik der Partei zur Debatte und nicht das Verhalten einzelner Abgeordneter.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat wichtigere und dringendere Aufgaben als diese Eigenmächtigkeiten (Beifall).

Wels: Wir können unmöglich den Genossen, die gegen die Fraktionsdisziplin verstoßen haben, ein besonderes Ehrenrecht einräumen. Wenn Genosse Petrich glaubt, daß das Tradition ist, kennt er die Parteigeschichte schlecht. Es brauchte ja dann in Zukunft nur jemand gegen die Disziplin zu freveln, und er bekäme automatisch die Rechte eines Referenten auf dem Parteitag. Ich habe der Widerheit bei der Rede über die Magdeburger ein Beispiel lokaler Geschäftsführung gegeben. Lassen Sie es also bei der Abfertigung des Parteiaussschusses bewenden und provozieren Sie nicht den Antrag, daß die Geschäftsordnung für alle gleichmäßig angewendet werden soll!

Gegen wenige Stimmen wird gemäß dem Antrag von Parteiaussschuß und Parteivorstand beschlossen.

Kleinrich-Ostschlesien (zur Geschäftsordnung) begründet den Antrag, zum Referat Larnow über die Wirtschaftskrise einen Korreferenten zu bestellen. Dies sei die wichtigste Frage des Parteitages, und ein Programm aufzustellen, das uns der Ueberwindung der Krise näherbringt, sei entscheidend für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Larnow müsse naturgemäß die Frage einseitig und subjektiv beleuchten (Widerspruch). Der Parteitag sollte den verschiedenen Auffassungen das gleiche Recht auf Darlegung ihrer Ideen einräumen und der Linken die Möglichkeit geben, ihr positives Programm zu entwickeln.

Wels: Ich kenne keine Rechte und keine Linke. Parteivorstand und Parteiaussschuß haben dem Resolutionsentwurf des Genossen Larnow ohne jeden Streit zugestimmt. Der Parteitag ist doch nicht dazu da, daß eine kleine Gruppe von Genossen durch ihn ihre Bedeutung steigert.

Bretschneider (zur Geschäftsordnung): Seiten ist ein schlechter Antrag (schlechter begründet worden). Wie kann Genosse Kleinrich im voraus wissen, was Genosse Larnow ausführen wird? Woher weiß er, daß es über die Wirtschaftskrise zwei verschiedene Meinungen gibt? Vielleicht gibt es über einzelne Fragen der Krise vielmehr verschiedene Meinungen. Der ganze Antrag läßt sich nur daraus erklären, daß einzelne Parteigenossen sich unter allen Umständen als Opposition affiziert sehen wollen. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Der Antrag Kleinrich wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. (Wels: „habt ihn nun von den Probeabstimmungen genug? — Böchel-Chemnitz: Nein, darauf kommt es gar nicht an!) Vorsitzender Wels begrüßt

Die Delegierten der ausländischen Bruderparteien

insbesondere Wandervogel und mit ihm als Vertreter Belgiens Camille Huysmans, dem er noch nachträglich auch im Namen des Parteitages unter lebhaften Sympathieausdrückungen zum 60. Geburtstag gratuliert. Als Delegierte Frankreichs begrüßt er Charles Bonquet, den Enkel von Karl Marx, und Braumbach, den Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung. (Beifall.) Rußland vertritt Genosse Dan, der jüngst das Ziel eines wüsten Verleumdungsstreiches zur höheren Ehre des Bolschewismus war; seine Anwesenheit erinnert uns an die zahllosen Opfer bolschewistischer Willkür in den Kertern und Verbannungsorten Rußlands. (Sehr wahr!) Schweden vertreten die Genossen Möller und Wallin. Die schwedische Sozialdemokratie erscheint uns gegenüber dadurch rückständig, daß man sich in ihr niemals um den echten

Ring des Marxismus gestritten hat — nach ihren wirtschaftlichen und politischen Erfolgen steht sie in erster Reihe. (Heiterkeit.) Genosse Buchinger, der Vertreter Ungarns, weist in die ganze Leidensgeschichte des ungarischen Proletariats von der verunglückten Räte-Diktatur bis zu dem mehr als zehnjährigen Schreckensregiment Hortáys und Bethlens mit den Konzentrationslagern und Deportationen. Bei unserer heutigen riesigen Demonstration sagte uns Buchinger, als wir die Internationale sangen, daß sie das in Ungarn zehn Jahre Gefängnis kosten würde, und dabei ist der ungarische Faschismus noch nicht einmal der brutalste. (Bewegung.) Die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei vertreten die Genossen Dr. Soukop und Stivin und Dr. Heller-Tepliz; wir freuen uns der unter ihnen erzielten Bestätigung. Deutschösterreich vertritt Genosse Austerlitz, er hat sich seine Geschichte jeden Tag selbst in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben. (Heiterkeit.) Die italienischen Parteigenossen vertritt Genosse Saragat. Italien bedeutet für uns heute die Unterdrückung schlechthin und stellt uns die Gefahr der eigenen Zukunft vor Augen. Wir gedenken dauernd der mahnenden Worte, die Turati bei der Enthüllung des Matteotti-Denkmal im Brüsseler Volkshaus gesprochen hat:

Sorgt dafür, daß ihr nicht weint, weil wir weinen, weil wir eine Stunde lang die Demokratie gering geschätzt haben.

(Bewegung und Beifall.)

Wels begrüßt weiter die Genossen Hansen-Dänemark, Boudenberg-Holland und Mau-Danzig, der trotz aller Weisheit der Entente ein Deutscher sei und bleibe. Er heißt dann Th. Leipart als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes willkommen, der erschienen sei zum Zeichen innerer Kampfbundtheit von Partei und Gewerkschaften für die Rechte der Arbeiterklasse. (Lebh. Beifall.) Vom Arbeiter-Turn- und Sportbund sind die Genossen Geller und Kreuzburg und Genossin Teuthe erschienen. Albert Thomas vom Internationalen Arbeitssamt hat den Genossen Donau entzündet.

Camille Huysmans:

Ich habe den Auftrag, im Namen aller ausländischen Delegierten zu diesem Parteitag den Kongreß herzlich zu begrüßen. Ich verdanke diesen Auftrag vielleicht der Tatsache, daß ich viele Jahre internationaler Sekretär war und auch während des Krieges die deutsche Sprache nicht ganz vergessen habe. (Heiterkeit und Beifall.) In Ihrer sehr schweren Lage fühlen wir uns mit ihnen solidarisch im Kampf für die Errungenschaften des Proletariats, solidarisch im Kampf der Arbeiter für nationale Gerechtigkeit, solidarisch im Kampf für die Demokratie in Deutschland und für die Verteidigung der deutschen Republik, solidarisch in ihrer gejunben Politik des Friedens gegen Militarismus und Faschismus. (Stürmischer Beifall.)

hoffentlich wird Ihre Politik der Vernunft in Deutschland freizügig bleiben dank dem festen Willen und der wachsenden Kraft der deutschen Sozialdemokratie. Wir beurteilen Ihre Situation nicht allein nach der zugefügten Lage des Deutschen Reiches, sondern nach der internationalen Verwirrung in ganz Europa. Die ökonomische Krise hat England und Amerika genau so getroffen wie Deutschland, sie ist eine Krise des Kapitalismus selbst; sie beweist, daß der Kapitalismus unhaltbar geworden ist. Neue Produktionsverhältnisse zu schaffen ist die weltgeschichtliche Mission des internationalen Sozialismus.

Unter dem tiefen Eindruck der heutigen Nachmittagskundgebung rufe ich:

Hoch vor allem die sozialdemokratische Jugend Deutschlands, hoch die Kämpfer von morgen! Hoch diese herrlichen Jungen und Mädel, die uns garantieren, daß unsere Arbeit fortgesetzt wird bis zur endgültigen Befreiung des Proletariats!

(Zubehörender Beifall.)

Vorsitzender Wels. Ich darf den ausländischen Genossen versichern, daß wir stark und gerüstet sind, die Republik zu schützen. Sie haben ja im Aufmarsch auch das Reichsbanner mit seiner strengen Disziplin und seinem eisernten Willen gesehen. Dank den Reichsbannerkameraden! (Lebh. Beifall.)

Die Weiterverhandlungen des Parteitages werden auf Montagvormittag 9 Uhr vertagt.

Blutiger Stahlhelmtag.

Schwere Zusammenstöße in Schlesien.

Breslau, 1. Juni. (Eigenbericht.)

Das provokatorische Auftreten der Stahlhelmente führte in den Vorstädten und namentlich im proletarischen Westen Breslaus wiederholt zu Zusammenstößen. In der Nähe des Odetor-Bahnhofs wurde bei der Rückkehr der Stahlhelmtage von der Stagerat-Gedenkfeier von Kommunisten auf einen Zug geschossen. Ein Stahlhelmann wurde schwer verletzt und brach, nachdem er sich noch

Die Feinde des Proletariats



Vom Stahlhelmtag in Breslau: Generaloberst v. Seekt, der Exkronprinz, Gen. Feldmarschall v. Mackensen

eine kurze Strecke weit geschleppt hatte, tot zusammen. An der Freiheitsbrücke wurden die Stahlhelmautos von Kommunisten mit Steinwürfen empfangen. Die Polizei ging mit dem Gummifüßel vor und zerstreute die Menge. Der Erschlagene ist ein Buchhalter Gustav Müller aus Grünberg. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Wie die Polizei noch meldet, wurde am Sonnabend abend auf der Kaiserstraße in der Nähe der Tiergartenstraße der Stahlhelmann Eward P. aus Spandau von etwa 50 Personen mit Steinen beworfen, geschlagen und durch mehrere Messerstiche in die Lebergegend und in den Rücken verletzt. P. wurde nach dem Kloster der Barmherzigen Brüder gebracht. Lebensgefahr besteht nach Angabe des Krankenhaus nicht, dagegen dürfte mit einem längeren Krankenhausaufenthalt zu rechnen sein.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Reppert, Berlin; Anzeigen: H. Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vertriebs- und Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2, Stern 1 Bellsag.

Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse

Der erste Arbeitstag des Leipziger Parteitags

Leipzig, 1. Juni. (Eigenbericht.)

Kurz nach 9 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Zu seinem Referat über „Die kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse“ erhält Frig Larnow das Wort.

Frig Larnow:

Unter allen zivilisierten Völkern des Erdballs geht eine furchtbare Erscheinung um: das Gespenst der Arbeitslosigkeit. In Deutschland 5 Millionen, über 20 Millionen in den industrialisierten Wirtschaftsbezirken Europas und Amerikas. Die vollkommene Lösung der sozialen Frage, die ausreichende Versorgung aller, scheitert nicht mehr an der Knappheit der Natur, sie scheitert nur noch an der Unvernunft der wirtschaftlichen Organisation, an dem Wahnsinn des ökonomisch-sozialen Systems des Kapitalismus.

Dieses kapitalistische System klagt vor Sozialisten an.

Es verwandelt immer wieder das Wachstum der Versorgungsmöglichkeiten in eine Verfeinerung der tatsächlichen Versorgung.

Die Ueberproduktion.

Die wesentlichste Erscheinung neben der Arbeitslosigkeit ist eine gewaltige Steigerung des produktiven Leistungsvormögens in aller Welt. Der Krieg hat glänzend bewiesen, daß die Produktivität fast unbegrenzt wachsen kann, wenn von der Bedarfsseite her der Stachel angelegt wird, nur das in der kapitalistischen Wirtschaft ein zahlungsfähiger Bedarf vorhanden sein muß, um produktive Wunder auszulösen. Als der Krieg vorbei war, mußten die Millionen Armeen wieder als zivilisierte Bürger ausgerüstet, mußte der Produktionsapparat von Krieg auf Frieden umgestellt werden. Das gab neue zahlungsfähige Aufträge, neue Aufträge für die Produktion.

Die produktiven Kräfte, einmal entfesselt, lassen sich nicht so leicht wieder zur Ruhe bringen. Sie sind ungehöriger als der Zaubereisen in der Goethe'schen Ballade und parkieren auch nicht vor der Befehlsformel des kapitalistischen Zaubervermeisters:

„In die Erde, Beien! Beien!
Sei's gemessen!“

Der Beien hörte nicht auf zu toben. Die Lebensmittel wuchsen weiter in üppiger Fülle, als ob es darauf ankäme, alle Menschen satt zu machen und nicht nur die, die zahlen können. Die Rohstoffe strömten weiter aus ihren Quellen und nicht weniger wuchsen auch die verarbeitenden Kräfte weiter.

Nach der amtlichen Statistik der Vereinigten Staaten ist in der dortigen Gesamtindustrie der Arbeitsertrag je Arbeiter seit 1919 um 45 Proz. angestiegen, die Gesamtproduktion ist um 36 Proz. gewachsen, während sich die Arbeiterzahl von 9 Millionen auf 8,1 Millionen vermindert hat. Neben Amerika steht Deutschland im Vordergrund dieser Entwicklung. Es trifft für uns dasselbe zu, was das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Unternehmervereinigungen in den Vereinigten Staaten feststellt: „Eine Entwicklung, die im 19. Jahrhundert Jahrzehnte gebraucht hätte, kann heute in einem einzigen Jahr oder in wenigen Jahren zurückgelegt werden.“

Was wäre das für eine glänzende Perspektive unter einer vernünftigen Wirtschaftsordnung, und was hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung daraus gemacht!

Die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege.

Die Aufgaben der produktiven Entwicklung stehen allerdings im schroffen Gegensatz zu den Klagen der Unternehmerwelt, die wir seit dem Ende der Kriegszeit unangenehm gehört haben. Danach hätte es in einem fort bergab gehen müssen, und wir hörten, daß das „marxistische System“, die hohen Steuern, Sozialkosten, Abstandslohn und die hohen Löhne der Wirtschaft vollständig das Blut ausgezogen hätten. Unmittelbar nach dem Kriege allerdings konnte man nur mit Grauen daran denken, wie auf dem Boden einer so zerstörten Wirtschaft das deutsche Volk seine Existenz wieder finden sollte. Es gehörte ungeheuer viel Mut dazu, unter diesen Verhältnissen die Führung des Staates zu übernehmen.

Und es ist das historische Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, diesen Mut ausgebracht zu haben. Die heutigen „Ketter“ des Vaterlandes sahen ja damals in den Kaufleuten.

Die erste Aufgabe war, das verschlossene Tor zur Weltwirtschaft zu öffnen. Diese Arbeit wurde unendlich erschwert durch die nationalpolitische Sabotage. Man muß sich heute daran erinnern, daß selbst Leute wie Stresemann einige Jahre gebrauchten, um zu begreifen, daß erst die Stacheldrahtverhänge zwischen uns und den Siegerstaaten niedergeworfen werden mußten, bevor Deutschland aus seiner moralischen und ökonomischen Erniedrigung wieder emporsteigen konnte. Wir hätten nach den 4 1/2 schrecklichen Kriegsjahren nicht auch noch über 5 Jahre Inflationsreden durchmachen müssen, wenn in gewissen Kreisen die Einsicht früher gekommen wäre! (Stürmische Zustimmung.)

Erst vom Jahre 1924 an, mit der Annahme des Dawes-Planes, der Stabilisierung der Währung und dem Einströmen von Auslandskapital konnte die deutsche Wirtschaft wieder ihren Aufstieg nehmen. Die Gesamtsumme der volkswirtschaftlichen Güterumfänge ist von 172 Milliarden im Jahre 1925 auf 217 Milliarden in den Jahren 1928 und 1929 gestiegen. Die deutsche Warenausfuhr ist von 6 1/2 Milliarden im Jahre 1924 auf 13 1/2 Milliarden im Jahre 1929 gestiegen und hat sich trotz der Weltkrise auch im Jahre 1930 mengenmäßig fast auf dieser Höhe gehalten. Deutschland hat damit im Wareneport seine alte Stellung auf dem Weltmarkt wieder erobert.

Alle diese Zahlen beweisen ganz eindeutig den schnellen und glänzenden Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft, die Produktionsgrundlagen sind nicht nur im vollen Umfang wieder hergestellt worden, sondern weit darüber hinaus. Schneller als die Produktion selbst sind die Produktionsanlagen gewachsen und gleichzeitig wuchs die überschüssige und nicht ausnubbare Kapazität.

Die Kapitalbildung.

Wenn nun behauptet wird, daß dieser ganze Aufbau mit gerhartem Auslandsgebe bewerkstelligt worden sei, so wird auch das durch die Statistik widerlegt. Die gesamte Auslandsverschuldung — öffentliche und private — betrug Ende 1929 rund 27 Milliarden. Dem standen gegenüber deutsche Guthaben im Auslande in Höhe von rund 10 Milliarden, ohne die Kapitalsummen, die heimlich aus dem Lande geschleht sind. Die effektive Verschuldung stellt sich also auf rund 17 Milliarden Mark. Demgegenüber sind von 1924 bis 1929 nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung in die deutsche Wirtschaft hineingebaut worden für Neuanlagen 20,8, Erhaltungsanlagen 26,2, Vorratsvermehrung 12,7, zusammen 69,7 Milliarden Mark.

Das Auslandskapital ist also nur ein geringer Bruchteil der Kapitalanlagen, die seit 1924 in der deutschen Wirtschaft durchgeführt worden sind.

(Lebh. Hört! Hört!) Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht immer eine Kapitalnot bestände. Die Kapitalmengen, die durch den Krieg zerstört worden sind, waren in Generationen erspart und können nicht in wenigen Jahren schon wieder in der eigenen Wirtschaft aufgebracht werden. Wir sind deswegen noch auf lange Zeit hinaus auf Auslandskapital angewiesen und müssen alles versuchen, um möglichst leicht und billig zu Auslandskrediten kommen zu können. Dem steht aber die nationalpolitische Bewegung im Lande hemmend gegenüber!

Wirtschaftsanarchie?

In Kiel hat Hilferding darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Periode dadurch gekennzeichnet sei, daß auf entscheidenden Gebieten die freie Unternehmertumskonturrenz abgelöst wurde durch den organisierten Monopolkapitalismus. Ist es ein Widerspruch, wenn wir heute von einer Wirtschafts-anarchie reden? oder ist inzwischen die Entwicklung rückläufig geworden? Weder das eine noch das andere.

Der Monopolkapitalismus organisiert Wirtschaftsbezirke, nicht die Volkswirtschaft. Er hebt in der Gesamtwirtschaft nicht die Anarchie auf, er verlegt sie nur in eine andere Größenordnung. Er verwandelt den ökonomischen Bürgerkrieg Mann gegen Mann in einen ökonomischen Bändenkrieg. Aber der Kriegszustand selbst bleibt erhalten, und ist in vieler Beziehung noch zerstörender als früher. Der organisierte Kapitalismus schießt mit Granaten, wo vorher nur Flintenlugeln flogen.

(Stürmische Zustimmung.) Der Monopolkapitalismus hat zweifellos zur Entstehung und Verschärfung der Krise sehr stark beigetragen, wie er auch ihren Ablauf verlangsamte. Am deutlichsten sichtbar ist die Störung des Preismechanismus, die von dort her kommt.

Die schlimmste Wirkung des Monopolkapitalismus liegt aber vielleicht gar nicht einmal auf dem Gebiete der Preise, als vielmehr auf dem der Kapitallenkung. Die monopolisierten Wirtschaftszweige erzeugen durch Preisbittatur künstliche Rentabilitäten, und darum muß nun ganz automatisch auch der Kapitalstrom diesen künstlichen Rentabilitäten nachlaufen. Diese Wirkung des Monopolkapitalismus muß auf die Dauer das ganze Wirtschaftsgetriebe von der Kapitalseite her in Unordnung halten, wenn dem nicht

Maßnahmen für eine Regelung des Kapitalverkehrs und für eine scharfe Kontrolle der Kartelle und Monopole entgegen-gesetzt werden.

Die Kapitalnot ist einerseits durch die umfangreichen Fehl-leitungen, andererseits aber noch künstlich gesteigert worden durch die bewußte Drosselung von Auslandskrediten in der Zeit, als der ausländische Kapitalmarkt dafür außerordentlich günstig war. Der verstoßene Reichsbankpräsident Schacht darf sich in Anspruch nehmen, das verhindert zu haben. Er hat für seine Politik gelegentlich währungsrechtliche Notwendigkeiten angeführt, aber vor dem Enqueteauschuss hat er kein Hehl daraus gemacht, daß es vornehmlich auch reparationspolitische Gründe waren. Die Stadt Berlin hat bekanntlich unter diesem Druck ihre Elektrizitätswerke verkaufen müssen, und am gleichen Tage bekam Herr Schacht einen glänzenden bezahlten Aufsichtsratsposten in der Gessürel. Er muß sich die Vermutung gefallen lassen, daß zwischen diesen beiden Taten ein gewisser Zusammenhang besteht. (Stürmische Zustimmung.)

Anderer Strukturwandlungen.

Die Entwicklung des Monopolkapitalismus ist eine sehr entscheidende Strukturwandlung des ganzen kapitalistischen Systems. Dazu kommt das Zurückdrängen der individuellen Unternehmertumspersönlichkeit durch die gesellschaftliche Unternehmungsform. Heute zeigt sich, daß der freie Unternehmer gewiß noch in großer Zahl vorhanden ist, daß er aber in seiner Bedeutung weit zurückgedrängt worden ist durch die gesellschaftliche Unternehmungsform. Hier sitzt an Stelle des Unternehmers mit eigenem Risiko der „Wirtschaftsbeamte“, der sich allerdings außerordentlich gut in seine veränderte Stellung hineingefunden hat. Die leitenden Beamten der Privatwirtschaft unterscheiden sich von den öffentlichen Beamten nicht etwa darin, daß sie noch ein persönliches Kapitalrisiko zu tragen hätten, wohl aber in ihren Einkommensbegriffen. Da das Unternehmertum nicht münde wird, nach Sparbarkeit auf allen Gebieten zu schreiben, kann man nicht daran vorbeigehen, daß in der privaten Wirtschaft

ein ungeheurer Luxus mit der Bezahlung oft sehr zweifelhafter Unternehmerqualitäten getrieben wird.

Ministerrgehälter werden als selbstverständlich schon bei kleineren Unternehmungen gehalten, und in den Großbetrieben werden Einkommensfiguren für diese Beamten erreicht, die selbst amerikanische Unternehmer, die den Dollar nicht verachten, in Verblüffung versetzen. Leider färben diese Einkommensbegriffe der privaten Wirtschaft auch auf die öffentliche Wirtschaft ab, und wir haben durchaus Ursache, uns dagegen zu wenden. Wenn allerdings auch das private Unternehmertum eine laute Kritik darüber treibt, dann ist das eine schwache Heuchelei. Durch die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben wir erfahren, wie sich die Gehälter der leitenden Beamten bei der Reichsbahn und der Reichsbank gestaltet haben, seitdem sie unter den Einfluß des privatwirtschaftlich orientierten Aufsichtsrats gekommen sind. Danach erhielt der Generaldirektor der Reichsbahn neben freier Dienstwohnung ein Jahresgehalt von 122 000 Mk., der Reichsbankpräsident 200 000 Mk., und jedes Mitglied des Reichsbankdirektoriums 100 000 Mk. Womit ist dieses Vielfache der Ministergehälter zu rechtfertigen?

Lohnpolitik.

Das kapitalistische Unternehmertum benutzt die ungeheure Arbeitslosigkeit zu einem strapellosen und brutalen Angriff auf die Löhne. Dahinter stehen keine volkswirtschaftlichen Ueberlegungen. Es ist vielmehr soziale Brutalität, die Befriedigung eines Machtstrebens und eine stupide volkswirtschaftliche Tradition, die den kapitalistischen Entel noch in der Volkswirtschaft ebenso denken läßt wie den kapitalistischen Urogroßvater. Die Bedeutung des Lohnfaktors ist aber heute eine ganz andere als in der Frühzeit des Kapitalismus.

Wenn 70 Prozent der Bevölkerung von Lohn- oder Gehalts-einkommen leben müssen, ist das etwas anderes, als wenn es nur 20 Prozent sind.

Die Lohnarbeiterklasse ist so groß geworden, daß sie jetzt der entscheidende Träger der nationalen Kaufkraft ist, und darum wirkt jeder Druck auf den Lohn als ein Druck auf die Wirtschaft zurück.

Durch eine Senkung der Löhne im einzelnen Betriebe können auch die Herstellungskosten gar nicht mehr wesentlich gesenkt werden.

Nicht doch der Lohnanteil bei den Herstellungskosten in der chemischen Industrie nur 10 Prozent aus, in den Hochöfenbetrieben gar nur 7 Prozent, in der Textilindustrie 15 bis 18 Prozent, beim Maschinenbau 25 bis 35 Prozent, in der Automobilindustrie 20 Prozent usw.

Darum war es auch eine bössartige Täuschung der Arbeiter und der öffentlichen Meinung, als der Lohnabbau mit dem Versprechen verbunden wurde, durch eine ebenso große Preisenkung den Reallohn erhalten zu wollen. (Stürmischer Beifall.)

Seit dem Beginn der Lohnabbauoffensive hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 1,5 Millionen vermehrt, und das ist der beste Beweis für die Wirksamkeit dieser Aktion. Wenn trotzdem das Unternehmertum jetzt schon wieder eine neue Lohnabbauoffensive vorbereitet, wobei anscheinend die sächsischen Unternehmer den Ehrgeiz haben, die Führung zu übernehmen, muß man das brandmarken als eine Sabotage an der Volkswirtschaft und als bewußte soziale und politische Provokation von höchster Gemeingefährlichkeit. (Stürmische Zustimmung.)

Wenn die Kapitalisten sich einbilden, durch Lohnsenkung die Wirtschaft in Schwung zu bringen, womit wollen sie diese Auffassung begründen? Selbst wenn dadurch eine Steigerung des Exports erreicht werden könnte, würde der Verlust auf dem inneren Markt doch weit überwiegen. Nach der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation ist aber ohnedem eine Steigerung der Exportfähigkeit kaum denkbar. Wie soll da der Ausgleich für den Ausfall an Kaufkraft erreicht werden? Die Kapitalisten glauben zwar, daß es für sie vorteilhafter sei, Produktionsmittel zu erzeugen und nicht Verbrauchsgüter. Sie meinen also, der Konsum und die Verbrauchsgüter können ruhig zurückgehen, wenn dafür nur die Produktionsmittelherzeugung ausgedehnt werden könne. Die Anhäufung von Produktionsmitteln ist ja die Methode der Akkumulation von Kapital. Das gesellschaftliche Interesse ist selbstverständlich auf die Vermehrung der Verbrauchsgüter gerichtet, denn darin besteht ja überhaupt der Sinn der Wirtschaft.

Das gesellschaftliche Interesse heißt also: mehr Brot!
Das kapitalistische heißt aber: mehr Profite!

Aus diesem Gegensatz der kapitalistischen und gesellschaftlichen Interessen müssen sich automatisch immer wieder die Krisen entwickeln. Konjunkturperioden sind immer Investitionsperioden, in denen der Produktionsapparat gemächlich ausgebaut wird. Goldene Zeiten für das Kapital, weil es sich selbst von Tag zu Tag dicker und fetter werden sieht. Dabei kommt unmerklich der Zeitpunkt, wo das große Loch in der Rechnung sichtbar wird, auch in der kapitalistischen. Der schöne Glaube, daß die Anhäufung von Produktionsmitteln immer eine Vermehrung des Kapitals sei, erweist sich dann als Trugschluß. Wo der Absatz fehlt, da reduziert sich das investierte Kapital auf den Abbruchwert der Fabrikanlagen und den Schrottwert der Maschinen. Dann kommt der große Zerstörungsprozess: die berühmte Echtermacher Springprojektion der kapitalistischen Wirtschaft. Drei Schritte in der Konjunktur voran und dann immer wieder zwei Schritte in der Krise zurück. Aufbauen, um immer wieder zerstören zu müssen — zerstören müssen, um wieder aufbauen zu können. Wenn das kapitalistische Unternehmertum glaubt, den Zusammenbruch seines Kapitalgebäudes durch Lohnabbau verhindern zu können, dann müßte es inzwischen eingesehen haben, wach ein furchtbarer Jermohn das ist. Es scheint aber, als ob die Altersschwäche des kapitalistischen Systems auch zu einer Verkalkung des kapitalistischen Denkapparates führt!

Die Arbeitszeit.

Vor 10 Jahren hatte Hugo Stinnes in einer feierlichen Erklärung proklamiert: Wenn das deutsche Volk sich nicht vom Achtundtagslosig und zum Zehntundtagslosig übergeht, wird es die Grundbedingung seiner Existenz nie wieder finden. Heute würde wohl wohl niemand mehr den Mut aufbringen, eine solche These aufzustellen. Es kann nicht mehr die Rede davon sein, daß der Achtundtagslosig zu kurz ist, man kann nur noch darüber diskutieren, um wieviel er zu lang ist. Der Arbeitsmarkt redet in dieser Beziehung eine absolut deutliche und ganz eindeutige Sprache.

Die einfache Tatsache ist diese: Wir haben einen Grad der Arbeitslosenität erreicht, daß es gar nicht mehr möglich erscheint, im Rahmen der bisherigen normalen Arbeitszeit alle Menschen vom Arbeitsmarkt jemals wieder zurückzubringen. Es gibt nur zwei Lösungen: Entweder der Verbrauch steigt so gewaltig an, daß der Arbeitsmarkt durch vermehrte Beschäftigung leer werden kann. Daß das kapitalistische System diesen Ausweg ermöglicht, ist nicht zu erhoffen. Deswegen bleibt nur die andere Lösung übrig, nämlich eine Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten auf die vorhandenen Arbeitskräfte.

Wir fordern die 40stündige Arbeitswoche, nicht nur als Not-maßnahme für den Augenblick, sondern für die Dauer, und sind überzeugt, daß im Rahmen auch dieser Arbeitszeit die Versorgung der Gesellschaft, soweit sie im Kapitalismus überhaupt denkbar ist, gewährleistet werden kann.

Endgültige Krise des Kapitalismus.

Was sollen wir aus der gegenwärtigen ökonomischen Krise für Schlussfolgerungen für den Bestand des kapitalistischen Systems ziehen? Einige Genossen glauben, daß es sich diesmal nicht mehr um eine zyklische Krise, der wieder ein Aufschwung folgen würde, handelt, sondern um die entscheidende, um die endgültige Krise, die nur durch den Zusammenbruch des Kapitalismus beendet werden könnte. Ich glaube, daß man mit solchen Prophezeiungen sehr vorsichtig sein muß. Es ist richtig, daß die gegenwärtige Krise an Umfang und Tiefe alle früheren Krisen übersteigt. Trotzdem wird man mit einiger Sicherheit annehmen dürfen, daß die Wirtschaft die Wege finden wird, die wieder zum Aufstieg führen. Die Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise sind nach allen früheren Krisenerfahrungen auch schon die sichtbaren Anzeichen dafür, daß ein Umchwung sich vorbereitet, was natürlich noch nichts über die Zeitdauer sagt, mit denen dabei zu rechnen ist.

Nun stehen wir allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch, ja — was soll ich da sagen? — als Arzt, der heilen will? oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann? Wir sind, wie mir scheint, dazu verdammt, uns so wohl als Erbe zu fühlen, der die Hinterlassenschaft lieber heute als morgen antreten möchte, wie aber auch als Arzt, der heilen muß, weil davon das Leben derjenigen abhängt, für die er die Verantwortung trägt. Diese Doppelrolle, die uns die geschichtliche Situation aufzwingt, ist gewiß keine sehr einfache Situation. Wir müssen aber damit fertig werden. Konkret ausgedrückt heißt die Aufgabe, das kapitalistische System überwinden, aber die Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern sie zu verbessern.

Das russische Beispiel.

So sehr ich mich auch bemüht habe, über die Vorstellung des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft, den wir gewaltsam herbeiführen müßten, — ich denke

dabei an die Kommunisten — irgendwo eine einigermaßen deutsche Vorstellung zu finden, es ist mir nicht möglich gewesen. Das einzige Kontexte ist der Hinweis auf das russische Beispiel. Was können wir aber aus diesem Beispiel für die deutschen Verhältnisse lernen? Wie das russische Experiment einmal auslaufen wird, das kann heute noch niemand sagen.

Was wir aber wissen ist, daß seit 14 Jahren das russische Volk in einem dunklen Höllenland des Elends herumgeführt wird, das die schlimmsten Zustände des kapitalistischen Systems selbst in der Krise noch übersteigt.

Es wäre sehr töricht von uns, etwa den Zusammenbruch des russischen Experiments zu wünschen. Die Volkswirtschaft haben soviel zur Misere der Welt beigetragen, daß wir schon aus diesem Grund wünschen müßten, daß ihnen auch einmal wirkliche Erfolge blühen möchten. Aber selbst wenn wir das annehmen wollten, was will das für eine etwaige Anwendung auf Deutschland besagen? In Rußland entfielen nach der Volkszählung von 1925 nicht weniger als 87 Proz. der Bevölkerung auf die Landwirtschaft, und für diese sechs Siebentel des Volkes hat man sich die Lösung des ökonomischen und sozialen Problems zunächst außerordentlich einfach gemacht. Sie beruhte auf dem Grundsatz: „Bleib' auf dem Lande und nähre dich redlich“. Soweit der Boden reichte, gab man den Landproletariaten ein Stück Ackerland und stellte im übrigen die Fiktion auf, daß für die Landbevölkerung die soziale Frage gelöst sei. Wir wissen, wie wenig diese Fiktion mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Wir wissen, von welchen furchtbaren Krisen auch die russische Landwirtschaft geschüttelt wurde, und mit welcher Brutalität die hungernden Landproletariaten wieder auf das Land hinausgeschickt worden sind, wenn sie in ihrer Verzweiflung glaubten, in den Stüben Brot bekommen zu können. Die Frage, ob die deutsche Arbeiterklasse und überhaupt eine Arbeiterklasse mit westeuropäischem Kulturniveau in der Lage wäre, ein solches Maß von Entbehrungen Jahre und Jahrzehnte auf sich zu nehmen, wie es dem russischen Volk bis zum heutigen Tage aufgezwungen worden ist, diese Frage braucht uns aber auch gar nicht näher zu beschäftigen. Denn selbst wenn wir sie bejahen wollten, könnten wir immer noch nicht das russische Beispiel nachmachen.

Wir können nicht sechs Siebentel der Bevölkerung einfach auf das Land hinausjagen und sie selbst überlassen. Wir haben eine industrielle Bevölkerung zu versorgen.

Die Kommunisten stellen zwar die Parole auf: Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Das konnte in Rußland geschehen, wenn auch primitiv durch die Zuteilung von Land. Wir können in industriellen Deutschland natürlich auch Arbeitsplätze zuweisen. Aber hier wächst kein Brot, wenn nicht durch das Funktionieren des ganzen Wirtschaftssystems Arbeitsgelegenheit da ist!

Im Industralisierere haben die russischen Methoden zunächst einen völligen Zusammenbruch herbeigeführt, so daß uns dieses Beispiel wirklich nicht zur Nachahmung anregen kann.

Die deutsche organisierte Arbeiterklasse will den Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft.

Sie will den Sozialismus als eine Verbesserung ihrer sozialen Lage, aber nicht als eine noch weitere Verschlechterung. Deshalb können wir nur eine Politik verfolgen, die geeignet ist, die Krise zu mildern und zu überwinden und gleichzeitig die Entwicklung zum Sozialismus zu beschleunigen!

Praktische Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik.

Ein Generalrezept dafür gibt es nicht. Auch mit keiner sogenannten „revolutionären Aktion“ läßt sich dieses Problem lösen. Wir können nur wirtschaftspolitische Richtlinien für die Gesamtpolitik aufstellen. Durch die Förderung einer entsprechenden internationalen Politik müssen wir versuchen, den Kapitalismus wieder in normale Bahnen zu lenken und die Kapitalverwertung Deutschlands zu bessern. Die Sicherung des Weltfriedens und die internationale Wertschöpfung sowie ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Staaten auf diesem Gebiete gehören dazu. Es müssen auch internationale Maßnahmen getroffen werden gegen die Kapital- und Steuerflucht. Wenn wir in diesen Zusammenhängen die Aushebung der Reparationszahlungen und die Streichung der internationalen Kriegsschulden fordern, so ist das keine Schwächung unserer Reparationspolitik. Wir sind für Verständigung eingetreten, weil dies der einzigste und schnellste Weg war, um das Ziel der endgültigen Befreiung zu erreichen. Angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der offensichtlichen Tatsache, daß das Reparationsystem ein schwerer Störfaktor für die ganze Weltwirtschaft ist, haben gerade wir nun auch das Recht, die Beseitigung der Reparationen zu fordern.

Für die innere Wirtschaftspolitik fordern wir schärfste Kontrolle des Monopolkapitalismus.

wozu ein entsprechender Befehl dem Reichstage schon vorgelegt ist. Wir fordern einen Abbau der Zollmauern und protestieren damit auf das entschiedenste gegen die hochschütznerische Agrarpolitik der gegenwärtigen Regierung, die neben der Verwertung der Ernährung unserer ganze weltwirtschaftliche Position auf das Schwerste bedroht. Systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik und planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand sind weitere Möglichkeiten. Je mehr die kapitalistische Wirtschaft bei der Gesamterregung der Volkswirtschaft versagt, um so mehr muß die öffentliche Hand für diesen Zweck eingesetzt werden. Aus diesem Grunde fordern wir auch eine Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute, denn die innere Fehlleitung von Kapital hat wesentlich zur Krisenverschärfung beigetragen. Wir fordern einen weiteren Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und weisen schließlich auf die Notwendigkeit hin, Auslandskredite herbeizubolen, um damit in erster Linie Arbeitsbeschaffungspläne durchzuführen. Wir fordern weiter die gesetzliche Verstärkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und die Unterstützung einer Lohnpolitik zur Verstärkung der Kaufkraft. Selbstverständlich haben wir uns zu wehren gegen die Angriffe auf die sozialen Einrichtungen und müssen für ihren weiteren Ausbau kämpfen.

Man kann all die vorgeschlagenen Maßnahmen zusammenfassen unter dem Titel:

Verstärkung des staatlich-wirtschaftlichen Einflusses auf die Wirtschaft — Einengung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die Wirtschaft — Ausbau der sozialen Funktionen des Staates.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, würden bereits die Konstruktion einer Gesellschaftsordnung sein, die dem Sozialismus näher stände als dem Kapitalismus. Allerdings hängen Ausmaß und Tempo dieser Entwicklung nicht von den Formulierungen ab, sondern vom Umfange unserer politischen Macht, die wir für die Durchsetzung der Richtlinien aufbringen können.

Die Aussichten des Sozialismus.

Wie sieht es denn überhaupt mit den Aussichten des Sozialismus aus? Wir müssen eingestehen, daß die sozialistische Bewegung noch nicht stark genug war, um das gegenwärtige Elend der kapitalistischen Wirtschaft zu verhindern, das heißt aber nicht, als ob durch die proletarische Klassenbewegung die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch nicht geändert worden sei.

Es sind nicht nur erst Keime, sondern schon starke Fundamente und tragende Konstruktionen für den sozialistischen Bau der Zukunft vorhanden.

Und wenn die Rebel dieser Krise sich verzogen haben werden, dann wird sich herausstellen, daß gerade in dieser Zeit der Kapitalismus an Terrain verloren hat.

Immer stärker wird die Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Staate, immer größer damit der gesellschaftliche Einfluß über die Wirtschaft. Und mit der Demokratisierung der Staaten wächst auch der Einfluß des Proletariats in der Wirtschaft. Die gesellschaftliche Wirtschaftspolitik nimmt zu, und es wächst auch der nicht kapitalistische Sektor der öffentlichen und gesellschaftlichen Wirtschaft. Der innere Strukturwandel im Kapitalismus, das Zurückdrängen des individuellen Unternehmertums durch gebundene Unternehmensformen liegen auch auf dem Wege von der privatkapitalistischen zur gesellschaftlichen Wirtschaft. Mit Recht hat der bürgerliche Professor Schmalenbach den **Unternehmern** zugerufen:

Ihr seid, wenn auch unbewußt, Vollstrecker des Testaments des großen Sozialisten Karl Marx!

Wer wollte leugnen, daß die sozialen Funktionen des Staates gegen über schon außerordentlich groß geworden sind. Wenn Karl Marx schon das erste Arbeitszeitgesetz in einem kapitalistischen Staate als einen bedeutenden und grundsätzlichen Sieg der politischen Ökonomie des Proletariats gefeiert hat, wie viele solcher Siege haben wir nachher noch dazu bekommen! In früheren Krisen hat sich die Gesellschaft überhaupt nicht um die Opfer des Kapitalismus gekümmert, außer einer erbärmlichen und entehrenden Armenunterstützung für Arbeitsunfähige. Der gesamte Aufwand, der dafür in dem schweren Krisenjahre 1885 gemacht worden ist, belief sich für das ganze Reich auf 91 Millionen Mark. Fast 3 Milliarden Mark sind im Jahre 1931 an die Erwerbslosen ausgezahlt worden! Die gesamte Sozialversicherung hat im Jahre 1929 fast 7 Milliarden ausgezahlt gegen 1,14 Milliarden im Jahre 1913. Im Reichsetat standen damals dafür 88½ Millionen, 1929 1576 Millionen.

Wir sind mit diesen sozialen Leistungen noch längst nicht zufrieden. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Wirtschaft noch mehr leisten kann. Wir müssen aber auch begreifen, daß in diesem Fortschritt doch schon ein nicht geringes Stück verwirklichter Sozialismus steckt.

Neben den sachlichen Voraussetzungen müssen auch die psychologischen zur Verwirklichung des Sozialismus gegeben sein. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung wird das gesellschaftliche Bewußtsein geformt durch das ökonomische Sein. Die wachsende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems mühte sich also ideologisch in eine Umkehr von diesem System widerzuspiegeln. Nun sehen wir in Wirklichkeit eine starke „antimarkistische“ Bewegung. Ist das ein Widerspruch? Nein, die proletarischen Massen, die heute hinter dem

Kreuz herlaufen, wollen alles andere sein als Freikämpfer für den Kapitalismus.

Die armen Teufel fühlen die brutale Faust des Kapitalismus im Genick. Sie wissen nur noch nicht, wie sie sich davon befreien können.

Es kommt nicht darauf an, was die nationalsozialistische Führung aus dieser Bewegung machen wird. Von Wichtigkeit ist hier nur die Tatsache, daß die Massen, die dahinter stehen, zweifellos eine scharfe Gegnerchaft zum Kapitalismus im Bewußtsein tragen. Sie haben schon gelernt, den Kapitalismus zu verfluchen, nur haben sie den Sozialismus noch nicht begriffen.

Auch wenn man weiter in die gesellschaftliche Ideologie unserer Zeit hineinsieht, wird man finden, daß bei aller Gegnerschaft gegen den unverständlichen Marxismus die Verteidigung des kapitalistischen Systems sehr schwach geworden ist. Außer den unmittelbaren Nutznießern dieses Systems gibt es nicht mehr viele, die es ehrlich verteidigen wollen. Und bis weit in die Reihen der Unternehmer hinein kann man bange Zweifel feststellen, ob dieses kapitalistische System wirklich der ökonomischen Weisheit letzter Schluß sei. Einen besonders starken Beweis für die Umwandlung der gesellschaftlichen Ideologie gegen den Kapitalismus und für eine neue Gesellschaftsordnung haben wir in den letzten Wochen durch den neuen Papstbrief bekommen. Wo ist die These von der Sittlichkeit und Unantastbarkeit der geltenden Ordnung geblieben? Eindeutig heißt es in der Enzyklika: „Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist unerlässlich!“

Das alles sind Zeichen der Zeit, die erkennen lassen, daß trotz der ökonomischen und sozialen Räte dieser Zeit der Sozialismus schneller marschiert als je zuvor. Während des Weltkrieges haben die Vorkämpfer für den Weltfrieden zeitweise den Glauben daran verloren, daß ihre Aufklärungsarbeit Erfolg haben könnte. Als der Krieg vorbei war, hat sich gezeigt, daß die schrecklichen Erfahrungen dieser Katastrophe mehr für die Aufklärung getan haben, als alle Friedenspropaganda. Der Krieg selbst hat auf dem ganzen Erdball Millionen neuer Anhänger für den Ruf gewonnen: Nie wieder Krieg!

Wir dürfen mit Sicherheit darauf vertrauen, daß auch die furchtbare Not dieser Krise am Bewußtsein der Völker nicht spurlos vorbeigehen wird, und daß, wenn die Nebel dieser Krise sich verzogen haben werden, in aller Welt Millionen neuer Anhänger für den Sozialismus und für den Ruf gewonnen sein werden: Hinweg mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Das neue Buch

Alpines Handbuch

Die erdunkelnde Darstellung ist in der glücklichen Lage, von allgemeinstem Interesse und allgemeinsten Verständlichkeit und doch gleichzeitig von hohem wissenschaftlichen Gehalt sein zu können. Diese Verbindung macht geographische Werte und ländertunliche Reisebeschreibungen so reizvoll und beliebt und sichert ihnen eine große Verbreitung weit über die Kreise der Wissenschaft hinaus. Daher kann der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein, der nun ein Alpines Handbuch herausgibt (2 Bände mit 176 Abbildungen, 4 bunten, 8 Tiefdrucktafeln, 2 Karten; Leipzig 1931, F. A. Brockhaus, jeder Band in Leinen 14,50 M.), mit Recht für sein Werk dieses zweifache und weitgreifende Interesse voraussetzen, um so mehr, als ausgezeichnete Kenner des Alpinismus und fesselnde Darsteller zur Mitarbeit gewonnen sind.

Im ersten Band dieses Wertes wird nur in kurzen, klaren Abhandlungen, wie es dem Charakter eines Handbuchs entspricht, die Kenntnis der alpinen Welt von der ganzen Erde vermittelt. Der bekannte Alpinist und Erforscher des Mai-Pamir, Rickmer

Rickmers behandelt „Die Gebirge der Erde“. Die schwierige Aufgabe der „Alpinen Geologie“ löst in trefflicher Art, auch für den wissenschaftlich nicht geschulten Touristen verständlich und von höchstem Interesse, Prof. Gunter Döhrenfurth. Gute Profile und Skizzen sowie eine tektonische Uebersichtskarte der Alpen ergänzen die Abhandlung. Die „Alpine Wetterkunde“, eine für jeden Alpenwanderer so wichtige Frage, hat in Henry Hoek einen sachkundigen Bearbeiter gefunden. Desgleichen haben „Die Tierwelt der Alpen“ und „Die Alpenpflanzen“ gründliche und klare, erfreulicherweise reich bebilderte Darstellungen erhalten. Daß für die Tierwelt ein großes Verzeichnis vollständiger Namen beigegeben ist, wird als besonders dankenswert empfunden werden. Bielleicht ließe sich ein ähnliches Verzeichnis für die Pflanzenwelt jetzt oder später nachtragen. Für alle genannten Abschnitte weisen Literaturverzeichnisse die wichtigsten Bücher zur Weiterarbeit nach.

Damit ist der Inhalt des ersten Bandes jedoch noch nicht erschöpft. Ein ausführliches Wörterbuch alpiner Begriffe und Ausdrücke, einschließend der französischen, englischen und italienischen Fachausdrücke, eine über die gesamte Erde verlaufende „Alpine Geschichte in Einzelheiten“ sowie ein Sajakwortverzeichnis, alle drei Abschnitte von Walter Schmidlung bearbeitet, zeigen, welche Fülle von Material, handlich geordnet, die Herausgeber vorzulegen gemittelt sind. W. Tietgens.

WAS DER TAG BRINGT

ERZÄHLT VON YORICK

Gruselige Geschichte

Unterirdische Gänge kommen an drei Stellen vor: in mittelalterlichen Sagen, in neuzeitlichen Ritzfilmen und in Moabit. Es handelt sich hier um den unterirdischen Gang in Moabit. Er verbindet das Gerichtsgebäude mit dem Untersuchungsgefängnis. Gebaut wurde er für den Transport von Untersuchungsgefangenen durch die Justizwachmeister. Nicht gebaut wurde er für den Transport von Rechtsanwälten.

Der Berliner Rechtsanwalt R. berücksichtigte diese Einschränkung nicht. Sondern er eilte, weil ihm nach der Verhandlung noch etwas eingefallen war, was er seinem bereits abgeführten Klienten mitzuteilen hatte, besagtem Klienten durch besagten Gang nach. In des wußte der abführende Beamte einen kürzeren Weg zur Zelle des Angeklagten und hatte den auch eingeschlagen; war zurückgekehrt und hatte die Tür zum Gerichtsgebäude wieder verschlossen, denn es war sechs Uhr abends. Und als Rechtsanwalt R. nach vergeblichem Weg wiederkehrte und hinaus wollte, war die Tür in die Freiheit versperrt.

Etwas mißgestimmt eilte der Rechtsanwalt zum Untersuchungsgefängnis und beehrte beim wachhabenden Beamten seinen Klienten zu sprechen. Der Beamte, getreu seiner Dienstvorschrift, verlangte die schriftliche Sprecheraubnis, die der Rechtsanwalt nach Lage der Dinge nicht besorgen konnte. Infolgedessen wurde er abermals zurückgeschickt.

Der Rechtsanwalt ging gehorsam, aber die jenseitige Tür war noch immer zu. Er rief, er pochte; es hörte ihn niemand. Der Gefangene mußte sich selbst einen Ausweg suchen. Er geriet in einen Bierwarr von dunklen Gängen. Aber an einen Ausgang geriet er nicht. Hingegen gelangte er schließlich in den Keller. Doch war auch der mit Bittertüren verschlossen. Der Verteidiger wurde nervös, angstvoll nervös — und rief gellend um Hilfe.

O Glück: es erschienen zwei Beamte. „Ich bin Rechtsanwalt R.“, sagte der Vertreter erleichtert. „Bitte, lassen Sie mich hinaus.“

Die Beamten sahen sich vielsagend an. „Kann jeder sagen!“ meinte dann der eine brutal.

Der Rechtsanwalt erklärte die Geschichte seiner Irrfahrt. „Kennen wir!“ lautete die Antwort. „Ihre Papiere?“

Ja, die Papiere — die lagen noch im Gerichtsloaf. Das Rächen der Äuguren wurde noch vielsagender oder, nach den Regeln des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, mehrsagend. Sie nahmen den Delinquenten in ihre schützende Mitte.

„Und nun“, meinte der eine freundlich, „und nun sagen Sie uns schon lieber gleich, in welche Zelle Sie den richtigen Rechtsanwalt, dessen Robe Sie sich da angezogen haben, eingesperrt haben. Jedes Kind sieht doch, daß Ihnen die Robe nicht paßt. Und haben Sie schon mal einen Rechtsanwalt ohne Papiere gesehen? Ne, mein Lieber — auf den Schwindel fallen wir nicht mehr rein. Wir nicht!“

Also sprachen die Hüter des Befehes und eilten einer Zelle zu: dem vorausschicklichen Luftenhalt für den Rechtsanwalt, zumindest in der kommenden Nacht.

Nun aber kommt, wie sich das am Ende gruseligster Geschichten zur Freude des Lesers gehört, das Wunder. Es bestand darin, daß auch der dem Rechtsanwalt bekannte Justizwachmeister, der seinen Klienten abgeführt hatte, sich dienstlich verspätet hatte und dem seitlichen Gefangenentransport zufällig begegnete. Fünf Minuten später wurde der Verteidiger zur selben Tür hinausgelassen, die sich vor Stunden so brutal und heimtückisch hinter ihm geschlossen hatte.

Und wenn er sich inzwischen nicht über andere Dinge geärgert hat, dann freut er sich heute noch!

Autostraße zum Eismeer?

Wie aus Victoria (in Britisch-Columbien) berichtet wird, sind dort vor kurzem Vertreter der amerikanischen und kanadischen Regierung zusammengetreten, um über den Bau einer Autostraße zu beraten, die aus dem Innern der Vereinigten Staaten quer durch Alaska zum Beringsmeer führen soll. Der Plan ist ungeheuer, da die Verbindung von Alaska mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika mehr als 1000 englische Meilen beträgt und dann noch ganz Alaska durchfahren werden muß, ehe man die offene See erreicht. Das Gebiet, was für die Anlage der Straße in Frage kommt, ist bereits nach den verschiedensten Richtungen hin überflogen worden, um festzustellen, welche Teile der besonders in Alaska noch kaum betretenen Gegenden sich am besten zum Bau der geplanten Straße eignen. Neben den landschaftlichen Reizen, die das Gebiet besitzt, wird die neue Straße auch reich an geschichtlichen Erinnerungen sein, da bis zur Grenze von Alaska die alten Wege ausgebaut werden sollen, auf denen in den Jahren 1882 und 1898 die Goldgräber dorthin zogen, und wo noch viele der alten Blockhäuser stehen, die damals von ihnen erbaut wurden. Freilich werden dem Umfang des Unternehmens entsprechend die Kosten des Baues sehr groß sein, und die Provinz Columbien ist im Hinblick auf die schweren finanziellen Belastungen von dem Bauplan nicht gerade begeistert. Dagegen machen die Vertreter der Vereinigten Staaten geltend, daß die Bollenbung einer solchen Autostraße die Bewohner von ganz Amerika dorthin ziehen werde, und daß der Strom der Reisenden, die sich jetzt an den Stillen Ozean begeben, zum großen Teil an das ihnen völlig unbekanntes Eismeer abgeleitet würde. Die zu dem Unternehmen verwendeten Kapitalien würden daher außerordentlich erfolgreich angelegt sein. Erst wenn die Straße gebaut sein würde, und die Bewohner der Vereinigten Staaten ebenso bequem zum Eismeer kommen könnten, wie jetzt zum Stillen Ozean, würde für das mit dem romanischen Schimmer eines Goldlandes umgebene Alaska die wahre Blüte beginnen, die auch der Provinz Britisch-Columbien die reichsten Erträge bringen werde.

Rom zerreißt den Lateranvertrag

Bernichtungsfeldzug gegen die katholischen Vereine

Jede Diktatur kann kraft ihres terroristischen Unwesens keine andere Meinungsäußerung oder gar Organisation als ihre eigene dulden. Sollte der Vatikan bei seinem Friedensschluß mit dem Faschismus die Zukunft der katholischen Vereine für gesichert gehalten haben, so hat er sich schwer getäuscht. Das erlebt er jetzt, da die Faschisten in ganz Italien ihren nur zeitweise unterbrochenen Vernichtungskrieg wider die katholischen Organisationen wieder aufnehmen, um ihnen daselbe Schicksal zu bereiten, wie längst schon der Arbeiterbewegung. Wir erhalten darüber folgenden Bericht, der auch zeigt, wie das Papsttum sich mit kirchlichen und diplomatischen Mitteln zu wehren versucht.

Rom, 1. Juni. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Sonntag hat der „Osservatore Romano“ Entschlüsse des Vatikans verbreitet, die für den äußerlich zugespitzten Konflikt mit dem Faschismus sehr bedeutungsvoll sind. Erstens ist mit sofortiger Wirkung den Bischöfen die Verantwortung und der Schutz für die katholischen Volksverbände übergeben. Das bedeutet, daß diese Verbände zu einem Teil der kirchlichen Einrichtungen gemacht werden, an die nach dem Lateranvertrag nicht gerührt werden darf. Die von der Regierung wahrscheinlich beabsichtigte Auflösung dieser Verbände wegen antifaschistischer Gesinnung soll damit verhindert werden. Zur polizeilichen Schließung einer Reihe katholischer Vereinshäuser ist es schon gekommen. Zweitens hat der Papst zum Protest gegen die überaus traurigen Vorfälle, unter denen sogar Beleidigungen der geheiligten Person des Papstes sind, die Entsendung des Legaten zu den Kirchenfesten in Padua zurückgezogen. Aus den gleichen Gründen und aus ernstlichen Befürchtungen heraus, „wegen der Schwere der Lage, wie sie sich seit einigen Tagen gestaltet hat“, sehen sich die obersten Kirchenbehörden gezwungen, den eucharistischen (katholische Welt-)kongre auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Diese Befürchtungen sind um so begründeter, als die letzte Nummer des Vatikanorgans

ungeheuerliche Gewalttaten aus den verschiedensten Teilen Italiens meldet. So versuchten Faschisten in Verona, den Bischofspalast nachts mit Benzin in Brand zu stecken. Das Feuer konnte noch gelöscht werden, sonst hätte es unübersehbaren Schaden angerichtet. So werden aus Venedig, aber auch aus anderen Städten, eine Fülle von Gewalttaten berichtet.

Nicht allein Uebervälle auf Katholiken und Priester, vor allem auch Verwüstungen und Zerstörungen von katholischen Vereinstatorten, einen wahren Gewaltsturm auf eines dieser Gebäude in Venedig. Alle Einzelheiten lassen sich gar nicht wiedergeben, es sind ihrer zu viele. Das Gerücht, wonach der Papst dringlich das gesamte diplomatische Korps zu einer Beratung über die Lage einberufen hätte, sei unrichtig. Wenigstens ist der Deutschen Botschaft beim Vatikan nichts davon bekannt, aber das diplomatische Korps ist nach unserer Kenntnis vor zwei Tagen von dem Ernst der Lage durch das päpstliche Staatssekretariat unterrichtet worden.

Der Papst protestiert.

Rom, 1. Juni.

In seinem gestrigen Geburtstag hielt der Papst an eine Glückwunschdeputation katholischer Verbände eine Ansprache, in der er ausführte, er begehre einen sehr traurigen Geburtstag infolge der Ungehörlichkeiten, die sich in den letzten Tagen ereignet hätten und des Hasses und der Gewalt, mit der gegen die katholische Aktion vorgegangen wird. Der Papst habe als einer der ersten den Faschismus gelobt, als er den Religionunterricht in den Schulen wieder einführt. Aber was die rechte Hand gab, habe die linke wieder genommen. Der Papst habe in den Beziehungen der Kurie zu Italien immer den ersten Schritt getan. Er habe immer die Hand geboten. In seinem Rundschreiben über die christliche Ehe habe er die italienischen Gesetze lobend erwähnt, und in seinem letzten Rundschreiben die guten Seiten der neuen berrufsständischen Ordnung Italiens gewürdigt. Dessen ungeachtet sei gegen die katholische Jugend und die katholischen Studenten Gewalt angewandt worden. Der Papst habe

das Recht und die Pflicht, an das Konkordat zu appellieren und in diesem Sinne diplomatische Schritte eingeleitet.

Abgesehen davon, müsse er als Bischof von Rom und Primas von Italien Protest erheben. Was solle er den jungen Leuten sagen, die von den Feindseligkeiten betroffen wurden? Der Papst zitierte Kapitel 5 der Apostelgeschichte Vers 412 „Diese gingen nun freudig vom Angesicht des hohen Rates hinweg, weil sie würdig befunden wurden, um des Namen Jesu willen Schmach zu leiden.“ Selbst wenn die katholische Jugend die Auflösung ihrer Verbände über sich ergehen lassen müßte und sich nicht gegen die Gesetze auflehnen könnte, würde sie in geistiger Hinsicht immer mit ihren Bischöfen vereint sein. Der Papst erinnerte ferner an den Spruch: „Fürchtet euch nicht, ich bin mit euch bis an das Ende der Tage.“

Der Papst sprach schließlich die Hoffnung aus, daß diejenigen, die die Hand gegen die Kirche erhoben haben, nicht von der göttlichen Gerechtigkeit gestraft würden, und daß die göttliche Gnade die Verfolger zurückführen möge auf die Bahnen friedlicher Zusammenarbeit.

In einem Interview des in Bologna erscheinenden „Resto del Carlino“ demontiert der Präsident der katholischen Aktion in Italien, Ciriacci, die „faschisen und tendenzlosigen Versionen“, die über die Jahresversammlung der katholischen Aktion verbreitet worden seien, und erklärt unter anderem: Die Zusammenarbeit mit dem Regime ist freimütig und aufrichtig.

Die katholische Aktion kann unmöglich mit einer politischen Aktion verwechselt werden. Auch nicht entfernt kann über die katholische Aktion als eine maskierte Wiederherstellung der früheren katholischen Volkspartei gedacht werden.

Die Befürchtung, die katholische Aktion könne zum Mittelpunkt regimfeindlicher Betätigung werden, ist unbegründet. Die Katho-

lische Aktion wird sich immer nach den Richtlinien des Heiligen Stuhles und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Konkordats außerhalb jeder politischen Partei und jeder politischen Betätigung halten.

Großfeuer in Biesdorf.

Eine Frau schwer verletzt. — Zwei Kinder gerettet.

In dem östlichen Siedlerort Biesdorf geriet am Sonntag nachmittag, vermutlich infolge Selbstentzündung von Filmstreifen, die Fabrikationsräume der Filmverwertungsgesellschaft, All-Biesdorf 44, in Brand. Das Feuer flammte explosionsartig auf und eine fast 150 Meter hohe Flammen- und Rauchsäule kennzeichnete weithin die Stätte des Unglücks. Das Fabrikgebäude brannte völlig nieder. Die Flammen

Sturmschäden in Berlin

Folgen des schweren Unwetters in den nördlichen Außenbezirken

Das schwere Gewitter vom Sonnabendabend erfuhr in den gestrigen Nachmittagsstunden durch ein Unwetter, das bis in die Abendstunden dauerte, eine verlässliche Fortsetzung. Im Norden und Osten Berlins und den angrenzenden Vororten wurden am Sonntagabend durch den Gewittersturm schwere Verwüstungen angerichtet. Zahlreiche starke Bäume wurden entwurzelt und durch einen Wolkenbruch in vielen tiefegelegenen Stahenzügen erhebliche Ueberschwemmungen verursacht. Der größte Teil Berlins wurde von dem Unwetter, das in nordwestlicher Richtung weiszog, nicht sehr in Mitleidenschaft gezogen. Der Sturm und der starke Regen brachten so überraschend über die ausgedehnten Waldgebiete herein, daß Tausende von Ausflüglern bis auf die Haut durchnäßt die Bahnhöfe erreichten.

Abgedeckte Dächer und entwurzelte Bäume.

Das von dem Wirbelsturm heimgesuchte Gebiet ist ziemlich begrenzt. Es erstreckt sich in der Hauptsache auf die Ortsteile Tegel, Reinickendorf-West und -Ost, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Frohnau, wo in einzelnen Straßen Dächer abgerissen und die Holzspalten vom Sturm hundert von Metern mitgeführt wurden. In der Hauptstraße in Wittenau wurden allein ein Duzend Bäume entwurzelt. In vielen Siedlergärten wurden schwere Verwüstungen angerichtet und die Obsterte völlig vernichtet. Bei der Feuerwehr, die etwa zweihundertmal alarmiert wurde, ließen in unaufhörlicher Folge Meldungen von Unwetterschäden ein. Allein in 80 Fällen mußten gefährliche Ueberschwemmungen beseitigt werden.

Zwei Frauen schwer verletzt.

In der Bernhardtstr. 18 in Wilmersdorf wurde durch Blieschlag ein Stück Mauerwerk vom Dachgiebel auf die Straße geschleudert. Zwei Frauen, die 33jährige Agnes Gärner aus der Ragfir. 41 und die 46 Jahre alte Gertrud Räßte aus der Schaperstraße, wurden von dem niederfallenden Mauerblock getroffen. Beide mußten mit schweren Verletzungen in das Gertraudten-Krankenhaus gebracht werden.

Unfälle auf dem Wasser.

Obgleich die in den späten Nachmittagsstunden heraufziehende schwarze Wolkendecke und fernes Donnern das Unwetter ankündigt, nahmen viele Wasserportler die Situation zu leicht und blieben mit ihren Fahrzeugen auf dem Wasser. Die meisten muß-

ten sprangen auf ein angrenzendes kleines Wohngebäude über, in dem sich zwei kleine Kinder befanden. Die Mutter der Kleinen, die gerade nach Hause zurückkehrte, erlitt bei dem Versuch, ihre Kinder zu retten, schwere Brandverletzungen. Die Frau mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die in höchster Gefahr befindlichen Kinder konnten durch zwei Schupobeamte und einen unbekanntem Jocklisten, der sich in hervorragender Weise an dem Rettungswork beteiligte, im letzten Augenblick geborgen werden. Die Feuerwehr war an der Brandstelle mehrere Stunden lang angestrengt beschäftigt. Der Schaden ist sehr hoch.

Autobus mit 40 Ausflüglern umgestürzt.

In der Königsstr. in Wannsee ereignete sich in der vergangenen Nacht ein folgenschweres Verkehrsunfall. Gegen 24 Uhr wurde ein Ausflugs-Autobus, der mit 40 Personen besetzt war und sich auf der Rückfahrt von Berlin nach Dörfchen befand, von einem überholenden Privatauto am linken Vorderrad gestreift. Dem Führer des Autobus wurde die Steuerung aus der Hand gerissen und der Wagen raste in den Schaufelgraben, wo er umstürzte. Unter den Insassen brach eine Panik aus. Glücklicherweise stellten sich die Folgen später als nicht ganz so gefährlich heraus, wie es zuerst den Anschein hatte. Zwei Schwer- und sechs Leichtverletzte wurden ins Hindenburg-Krankenhaus gebracht.

ten für ihren Leichtsin büßen. Auf dem Tegeler See wurden durch die Gewitterböe allein über 20 Boote zum Kentern gebracht; ähnlich war es im Gebiet der Havel. Von den Rettungsmotortbooten des Arbeiter-Samariter-Bundes in Tegel wurde ein Ehepaar und deren Kind nach einem Paddelbootunglück vom Tode des Ertrinkens gerettet. 11 Boote sind nach dem Sturm abgeschleppt worden. Auch die Hafen- und Schiffschuppolizei (früher Reichswasserchau) hatte während des Gewittersturmes alle Hände voll zu tun. 11 Ausflüglern, die an verschiedenen Stellen in die Gefahr des Ertrinkens geraten waren, konnten unverletzt geborgen werden.

Im Freibad Rüggessee ertrank der 30jährige Arbeiter Wilhelm Batsche aus der Lübbener Str. 15. Im Langen See, unweit Schmetterlingshorst, ging der 17jährige Hans Ralinowski beim Schwimmen unter und versank lauti. Im Landwehrkanal, an der Möderbrücke, stieg der 28jährige Arbeiter Hermann Schmidt aus der Teltower Str. 42 ins Wasser, um sich zu erfrischen. Dabei erlitt er einen Herzkrampf und erkrankte.

Eiferuchtsdrama in Weißensee.

Den Nebenbühler angeschossen.

Der Schlusakt einer Eiferuchtsdramödie spielte sich am Sonnabend spät abends in der Berliner Allee zu Weißensee ab. Eine Frau A., die dort wohnt, war früher gut befreundet mit einem 30 Jahre alten Johann Szukulski. Er machte aber schlechte Streiche und wurde zuletzt wegen schweren Diebstahls zu Gefängnis verurteilt. Seine Freundin sagte sich deshalb von ihm los und knüpfte, während er in der Strafanzalt weilte, Beziehungen zu einem anderen Manne, einem 35jährigen Josef B., an. Szukulski hatte Urlaub bis zum 1. Juni erhalten und erschien in der Berliner Allee. Er wußte, daß die Frau sich einem anderen zugewandt hatte und beschloß, Rache an dem Nebenbühler zu nehmen. Als Frau A. und B. von einem Ausgange heimkehrten, trat ihnen im Flur Szukulski entgegen und gab auf B. einen Schuß ab, der die rechte Schulter traf. Trotz der Verletzung konnte B. den Schützen entwaffnen und festhalten, während Frau A. einen Polizeibeamten herbeirief. Szukulski wurde festgenommen und gab zu, daß er die Absicht gehabt habe, den anderen über den Hausen zu schießen. Der Eiferuchtsige wird dem Richter vorgeführt werden.

Theater, Lichtspiele usw.

<p>Montag, 1. 6. Staats-Oper Unter d. Linden 273 A.-V. 19 Uhr</p> <p>Palestrina Ende n. 22¼ Uhr</p>	<p>Montag, 1. 6. Städt. Oper Bismarckstr. 20 Uhr Geschl. Vorstlg.</p> <p>Angelina Ende n. 22¼ Uhr</p>
<p>Staats-Oper An Platz der Republik V.-B. 19¼ Uhr</p> <p>Die Zauberröte Delfini. Kartenzverkauf Ende n. 22¼ Uhr</p>	<p>Staatl. Schaunpl. (an Gedankensortl.) 46. R.-S. 20 Uhr</p> <p>Die Portugalesische Schlacht kein Kartenzverkauf Ende n. 23 Uhr</p>
<p>Staatl. Schiller-Theater, Charlitzb. 20 Uhr Emilia Galotti Ende nach 22¼ Uhr</p>	

Volkstheater

Gar wunderschön is's bei Rosas im Osten. Für mich noch weh, dort froh zu sein. Denn würd' ich rasten, würd' ich rosten. Und mich des Ostens nicht erfreun. Nehm drum den Wanderstab wie Moses. Und rufe: Lebe wohl mein Schatz! Ich pilger mich jetzt vergnügt zu „Rosas“, dort ist der wahre Jakob-Platz.

Volksbühne Theater am Blüowplatz.
8 Uhr
Lumpazi-vagabundus
Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Emilia Galotti
Staatsoper Am Pl. d. Republik 7¼ Uhr
Die Zauberröte

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
Täglich 8¼ Uhr
Dienst am Kunden
von Curt Bois und Max Hansen
Regie: Hans Deppe

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 449
8¼ Uhr
Alles Schwindel
von Marcellus Schiller.
Musik von Mischa Spoliansky.
Regie: Ferdt Erzbach

Reichshallen-Theater

Allabendlich 8¼ Uhr
Stettiner Sänger
Der neueste Schwank
„Alles verrückt!“
Barnowsky - Bühnen Theater in der Strömannstr.
Täglich 8¼ Uhr
Gestern u. Heute
Komödienhaus Täglich 8¼ Uhr
Schwengels
mit Felix Bressart und Rosa Valetti

Theater d. Westens
Täglich 8¼ Uhr
Schön ist die Welt
mit Kammeränger Otto Fassel

ROSE THEATER
Größe Frankfurter Straße 132. U-Bahn Strausberger Platz
5 tägiger Vorverkauf täglich von 11-1 Uhr u. 4-6 Uhr
Telefon. Bestellung: E 7, Weichsel 3422

ROSE - GARTEN
Wochentags 5¼ Uhr
Sonntags 5¼ Uhr
Konzert, Variété
Operette
Das Liebesverbot
Preise: 0,50 bis 2 M.

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Der lustige Krieg
Schäffler, Carola Lilien, Priem

Lustspielhaus
Tägl. 8¼ Uhr
Die goldene motte
Lori Leux

Metropol-Theater

Täglich 8¼ Uhr
Die Toni aus Wien
Mady Christians, Michael Böhlen
Wanderkarten
10 Pf. 100 Pf.

L.-Juergens
Alexanderplatz
Neue Königsstr.

Bähr-Stiefel
Retztitel
braun, schwarz 29.50
Motorradstiefel 22.50 25.50
Wanderstiefel, wasserfest, 11.50 13.50 15.50
Alle Sorten Sport-, Jagd-, Reit-, Berufstiefel
EH. Böhmer
Berlin SW 19
Spittelmarkt 7
vor der Brücke Unter 674